

Vorweg die Ukraine Berichte

Teile 16,15,14,13,12,11, 10, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1.

nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichtre-Teil-16.pdf>

(**Tip**p: Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 17:

.) Ukraine: Atombehörde hat wieder Kontakt zu AKW Saporischschja :

<https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-sonntag-147.html> -

Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA hat nach ukrainischen Angaben wieder Kontakt zum größten Atomkraftwerk Europas in der ukrainischen Stadt Saporischschja. Die Verbindung zwischen den Datenservern in Saporischschja und der IAEA sei wiederhergestellt, gab die ukrainische Atomenergiebehörde Energoatom am Samstagabend im Messenger-Dienst Telegram bekannt. Seit Ende Mai seien alle Daten auf gesicherten Servern gespeichert und nach Wiederherstellung der Verbindung umgehend an die IAEA übertragen worden, hieß es von Energoatom weiter.

Das AKW Saporischschja wird seit Anfang März von russischen Truppen besetzt, die es wenige Tage nach Beginn ihrer Invasion der Ukraine unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Das Kraftwerk trug 2021 rund ein Fünftel zur Stromproduktion der Ukraine bei. Die IAEA hatte am vergangenen Donnerstag mitgeteilt, sie bereite aktiv einen Besuch von Experten am AKW Saporischschja vor - trotz des Widerstands der ukrainischen Behörden. Diese argumentieren, ein Besuch von IAEA-Experten könne die Präsenz der Besatzer legitimieren.

.) das ARD radiofeature: Milliardengrab Atomkraft :

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/epg/ARD-radiofeature,sendung1269324.html>

Ende 2022 sollen die letzten deutschen Atomkraftwerke vom Netz gehen. Doch weltweit tüfteln Startups an neuen Formen von AKW. Wie teuer ist Atomkraft - und sind ihre Folgen - wirklich und welche Kosten müssen die nachfolgenden Generationen tragen?

Das ARD radiofeature über Atomenergie und ihre Folgen.

Einst galt die Kraft der Kernspaltung auch in Deutschland als Garant für Wachstum und Wohlstand. 1955 wurde Franz-Josef Strauß erster „Atom-Minister“. Im Jahr darauf forderte ein SPD-Parteitag „die Entwicklung von Kernkraftmaschinen ... für feste und fahrbare Kraftstationen, für Schiffe, Flugzeuge und andere Verkehrsmittel“. 1961 lieferte der erste Atomreaktor Strom für die Westrepublik. 1966 ging das erste Kernkraftwerk der DDR ans Netz.

„Kernenergie“ – von „Atomkraft“ sprachen damals nur die Gegner – war lange Staatsräson: der Treibstoff des Fortschritts, die Rettung vor der „Ölkrise“. Milliarden flossen in die Forschung und den Bau der Reaktoren. Bei der Beseitigung des strahlenden Mülls halfen Behörden großzügig – bis an die Grenzen der Legalität. Die politische Schlacht um das Für und Wider währte Jahrzehnte. Durch den Super-GAU von Tschernobyl 1986 wuchsen die Zweifel. Doch erst die dreifache Kernschmelze von Fukushima 2011 zementierte den deutschen Ausstieg. Ende 2022 sollen die letzten drei deutschen AKW abgeschaltet werden. Eine Ära geht zu Ende. Wie teuer wird sie uns zu stehen kommen?

Der Abriss der Atomruinen wird Jahrzehnte dauern. Schon heute warten an die 120 000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Abfälle in Zwischenlagern auf ihre letzte Ruhestätte. Bis zum Jahr 2050 sollen noch einmal rund 180 000 Kubikmeter hinzukommen. Das größte Müllproblem: das hochradioaktive Erbe. Wenn Ende dieses Jahres das letzte deutsche AKW abgeschaltet wird, dürften es etwa 27 000 Kubikmeter sein – circa 1 900 Behälter mit Abfällen, die noch viele hunderttausend Jahre gefährlich bleiben.

Doch schon ist – nicht zum ersten Mal – von einer Renaissance der Atomkraft die Rede. Nachbarn wie Frankreich setzten ohnehin auf die nukleare Option. Wachsende Spannungen in Europa haben die Debatte um die Versorgungssicherheit auch in Deutschland neu eröffnet.

.) "Atomkraft ist für Australien unwahrscheinlich, aber lasst uns die Debatte führen" : <https://www.theage.com.au/Umwelt/Klimawandel/Atomkraft-ist-unwahrscheinlich-für-Australien-aber-let-s-have-the-debate-20220610-p5asrg.html>

.) Japan: Die Stimmung ist gekippt : <https://www.stuttgarter->

[nachrichten.de/inhalt.stimmung-gekippt-japan-plant-atomkraft-comeback.76d87892-b2f6-4a9f-80af-afa0e66e2f61.html?reduced=true](https://www.nachrichten.de/inhalt.stimmung-gekippt-japan-plant-atomkraft-comeback.76d87892-b2f6-4a9f-80af-afa0e66e2f61.html?reduced=true) -

Die Regierung plant Atomkraft-Comeback. Elf Jahre nach der Katastrophe von Fukushima plädiert erstmals wieder eine Mehrheit für die Atomenergie. Wenn der Regierungschef Fumio Kishida dieser Tage vor die Mikrofone tritt, spricht er mit bemerkenswerter Ruhe von einem Thema, das noch vor Kurzem große Aufregung ausgelöst hätte. „Mit der Priorität auf Sicherheit werden wir konkrete Schritte zur Wiederinbetriebnahme der Reaktoren machen“, verkündete der japanische Premierminister Ende Mai.

Das Atomdorf in Japan gewonnen.

Wie viele AKW wirklich wieder ans Stromnetz gehen bleibt abzuwarten.

Mykle Schneider hat alle abgeschalteten AKW aus seiner AKW Liste zu Japan rausgeworfen.

Auf seiner Liste für Juni sind 415 AKW in 33 Ländern eingetragen. Damit ist im letzten Monat ein neues AKW an Netz gegangen. Der weltweite Anteil an der Stromversorgung liegt bei 10,1 Prozent.

.) WIE DER PRODEUTSCHE FLÜGEL DES UKRAINISCHEN NATIONALISMUS ÜBER DEN PRORUSSISCHEN FLÜGEL SIEGTE :

<https://www.heise.de/tp/features/Das-vergessene-Schluesseljahr-2014-diese-Entwicklung-fuehrte-zum-Ukraine-Krieg-7135382.html> -

Das vergessene Schlüsseljahr 2014 – diese Entwicklung führte zum Ukraine-Krieg. Schon 2014 aber fehlten in Deutschland Positionen, die klar die Rolle des deutschen Nationalismus in der Ukraine kritisierten, ohne deshalb das Putin-Regime zu verteidigen. Eine der wenigen Ausnahmen ist der Rechtsanwalt Detlef Hartmann, der in dem erwähnten Buch "Deutschland.Kritik" unter der Überschrift "1914 – 2014? Deutschlands Offensive im weltweiten Umbruch" Überlegungen anstellte, die heute besonders aktuell sind.

Vor bald acht Jahren erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Kommentar, der mit einem damals rund 100 Jahre alten Zitat begann und sich heute umso aktueller anhört:...

„Und wenn dann im letzten Augenblick etwas Unerwartetes geschieht, ist der Krieg da, dieser Krieg von ungeheuerlicher Ausdehnung, den niemand weniger gewollt hat und will als Deutschland und in den daher niemand mit so gutem Gewissen geht wie dieses.“

Das schrieb die Frankfurter Zeitung am Vorabend des Eintritts des Deutschen Reichs in den Krieg 1914. Man kann diese Zeilen nur mit Erschütterung lesen, steht uns doch die damalige Lage heute auf eigentümliche Weise näher, als das noch vor einigen Jahrzehnten der Fall war. Das liegt nicht nur an den runden Jahrestag,

sondern an den außenpolitischen Konstellationen und daran, dass uns die Kämpfe in der Ukraine wieder daran erinnern, wie dünn das zivilisatorische Eis ist.

FAZ, 1. August 2014

Abgedruckt wurde der Text auch in dem leider wenig rezipierten Buch Deutschland.Kritik von Gerhard Hanloser, das bereits 2015 im Unrast-Verlag erschienen ist.

In 14 Aufsätzen wird dort eine linke Kritik an einem Deutschland geleistet, in dem es schon damals kaum noch eine grundsätzliche linke Opposition gab. Das wurde deutlich am Ukraine-Konflikt, der bereits vor acht Jahren eine wichtige Rolle spielte. Es waren die Ereignisse auf dem Kiewer Maidan, aber auch im brennenden Gewerkschaftshaus in Odessa, die im Grunde die Vorgeschichte des heutigen Krieges waren.

Die Ereignisse auf dem Maidan werden von der einen Seite als Revolution, von der anderen als Putsch oder Umsturz bezeichnet – Vorfälle wie der von prowestlichen und prodeutschen Kräften verübte Gewaltexzess mit Dutzenden Toten in Odessa werden von einer Seite vollständig ausgeblendet.

Würde darüber noch mehr geredet, dann könnte man den Mythos vom heldenhaft gegen die russische Invasion kämpfenden ukrainischen Volk infrage stellen, der heute selbst bis in große Teile der Linken kritiklos übernommen wird. Der Gegenstandspunkt-Redakteur Theo Wentzke hat in einen Beitrag für die junge Welt diesen Mythos noch einmal dekonstruiert.

„Maidan-Revolution“ und Kampf innerhalb des ukrainischen Nationalismus
Wichtig ist zu erkennen, dass auf dem Maidan der prodeutsche ukrainische Nationalismus gegen den prorussischen Flügel gesiegt hat. Angefeuert wurde der prodeutsche Nationalismus auch damals schon von deutschen Politikern von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen. Sie waren in Kiew, sprachen teilweise zu den Demonstranten und feierten den Sturz der formal-bürgerlich demokratisch gewählten Regierung.

Nun wäre es falsch, sich in diesen innerukrainischen Konflikt von 2014 auf eine Seite zu stellen. Es waren auf beiden Seiten nationalistische Politiker als Galionsfiguren tätig. Wichtig war aber, die Geopolitik zu beachten, die hier mit hineinspielte. Es war auch ein Machtspiel zwischen der Deutsch-EU und Russland, das damals schon auf ukrainischen Boden ausgetragen wurde und heute im blutigen Krieg seine Fortsetzung gefunden hat.

Doch wichtig bleibt festzuhalten, dass es in der Ukraine Anhänger sowohl des prodeutschen als auch des prorussischen Nationalismus gab und dass deshalb die Linie der Neutralität als ein Weg erschien, in der Ukraine den Krieg zu verhindern, der jetzt ausgebrochen ist. Wichtig ist auch zu erinnern, dass es lange in der Ukraine eine Mehrheit für diese Position der außenpolitischen Neutralität gab. Schließlich gab es ja vor 2014 Wahlen, wo schon mal prowestliche Politiker, die schnell in die EU

und Nato wollten, wieder abgewählt wurden.

Dann kamen Politiker an die Regierung, die für die Neutralität warben. Mit den Maidan-Unruhen wurden die dann aber gestürzt, so dass es bis heute offen bleiben muss, ob die prodeutsche Position in Wahlen eine Mehrheit in der Ukraine bekommen hätte. Es gab auch viele Menschen, die sicher nicht prorussisch waren, aber aus ganz pragmatischen Gründen für die Neutralität. Sie wollten eben den Krieg verhindern.

Andererseits gab es in den prowestlichen Kreisen der Ukraine auch Stimmen, die ganz froh waren, wenn der östliche Teil an Russland geht. Dann wäre man die Prorussen los und könnte so schneller in die EU kommen, war damals die Argumentation.

Dass eine solche Position zu vertreten heute in der Ukraine lebensgefährlich ist, gehört zur Logik des Nationalismus. Tatsächlich – und auch darauf hat Theo Wentzke in dem schon erwähnten Artikel hingewiesen – sind in der Ukraine alle Parteien verboten, die die sich heute für Neutralität und Verhandlungen mit Russland aussprechen. Der prodeutsche Flügel des ukrainischen Nationalismus will nicht noch einmal riskieren, dass er abgewählt wird.

Von Friedensmahnwachen über Corona-Skeptiker zu „Putin-Verstehern“

Interessant ist nun, wie diese Ereignisse in der Ukraine 2014 in der Linken in Deutschland diskutiert wurde. Da finden sich schon viele Parallelen zur aktuellen Situation. Es gab nur wenig Kritik an den Auftritten deutscher Politiker auf dem Maidan, wo schon damals die optisch präsenten Nazis niemand sehen wollte. Heute ist vielen gar nicht mehr bewusst, wie deutsche Politiker den Maidan-Umsturz gefördert haben. Dafür wird noch einmal ein Tribunal über Politiker abgehalten, die sich für Entspannungspolitik in Europa und eine neutrale Ukraine ausgesprochen haben.

Der Ukraine-Konflikt war auch der Ausgangspunkt für die sogenannten Friedensmahnwachen, die von einem Teil der mittlerweile institutionalisierten Bewegung gegen Rechts als rechtsoffene Verschwörungstheoretiker bezeichnet wurden. Es gab dort im Detail sicher gute Gründe für Kritik. Allerdings fiel schon damals auf, dass die Bewegung hochgeschrieben und in ihrer Bedeutung überschätzt wurden.

Hier wurde schon ein Ton angeschlagen, der dann bei der Anti-Lockdown-Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen weiterging und nun in den angeblichen „Putin-Verstehern“ den neuen Feind gefunden hat. Es ist auffällig, dass hier die Antifa fast immer mit den staatlichen Interessen Deutschlands gemeinsam agierte.

So kann 2014 auch als ein Jahr genannt werden, in dem die Verstaatlichung von großen Teilen der Antifa abgeschlossen war, eine Entwicklung, die spätestens im Jahr 2000 begonnen hat. Immerhin waren 2014 für einen größeren Teil der Antifa in Deutschland die Nazis in der Ukraine noch Gegenstand von Diskussion und Kritik.

Heute aber kann man schon zum „Putin-Versteher“ erklärt werden, wenn man nur daran erinnert, dass in der Ukraine auch Nazi-Kameradschaften wie Asow offizieller Teil des Kampfes gegen Russland sind.

2014 gab es auch ukrainische Linke, die in diesen Rechten zumindest noch ein Problem sahen. Dazu gehörte auch der deutsch-ukrainische Publizist Kyrylo Tkachenko, der in im ukrainisch-nationalistischen Milieu in München aufgewachsen ist, wo der Antisemit und Nazi-Verbündete Stephan Bandera als Held gesehen wurde. Davon wollte sich Tkachenko emanzipieren. In Artikeln in der Jungle World hat er sich kritisch mit der ukrainischen Innenpolitik und auch mit den dortigen Nazis auseinandergesetzt.

Doch seine Auseinandersetzung mit der ukrainischen Geschichte hielt nicht lange an. Ein geplantes Buchprojekt, in dem Kyrylo kritische Betrachtungen zur ukrainischen und deutschen Linken in Bezug auf den Maidan ankündigte, kam nicht zustande, weil sich der Herausgeber selbst immer mehr zum ukrainischen Nationalisten mauserte und der anarchistische Unrast-Verlag solchen Positionen keinen Raum geben wollte. Vor wenigen Wochen nun meldete sich Kyrylo in der Jungle World noch einmal mit einer fundamentalen Abrechnung mit der „germanischen Linken“ zu Wort. Dort bedauert er seine frühere Beteiligung an linken Aktivitäten in München und endet mit der Kampfansage:

Wenn ich von Linksdeutschen nach Asow gefragt werde, dann habe ich nur eines zu sagen: Der Dreck unter einem einzigen Fingernägel des allerletzten Asow-Kämpfers ist mehr wert als die germanische Linke in ihrer Gesamtheit.

Kyrylo Tkachenko, Jungle World

Kritik am deutschen Nationalismus war schon 2014 kaum präsent

Schon 2014 aber fehlten in Deutschland Positionen, die klar die Rolle des deutschen Nationalismus in der Ukraine kritisierten, ohne deshalb das Putin-Regime zu verteidigen. Eine der wenigen Ausnahmen ist der Rechtsanwalt Detlef Hartmann, der in dem erwähnten Buch „Deutschland.Kritik“ unter der Überschrift „1914 – 2014? Deutschlands Offensive im weltweiten Umbruch“ Überlegungen anstellte, die heute besonders aktuell sind.

Er verglich die Entwicklung vor dem ersten Weltkrieg mit der Jetztzeit und verweist auf die besonders aggressiven Mittelschichten, die aus ökonomischen Gründen zum Krieg drängen.

Ähnlich wie vor dem Ersten Weltkrieg, so ist es die nunmehr postmoderne innovative Aggressivität, die sich in der wachsenden Bereitschaft zum Krieg ausdrückt ... Ausgehend von den weltweit führenden amerikanischen Entwicklungskernen wirkt sie auf die IT-Schlüsselunternehmen wie Silicon Valley über Deutschland in die europäischen und über Japan, Südkorea und Taiwan in die asiatischen Peripherien hinein.

Detlef Hartmann, Deutschland.Kritik

Hier wird auch ökonomisch erklärt, warum ausgerechnet die Grünen heute so besonders laut die Kriegstrommel gegen Russland läuten. Der hilflose Reflex auch vieler Linker, immer wieder daran zu erinnern, dass die Grünen doch mal die Friedenspartei waren wirkt mittlerweile redundant und ist politisch falsch. Denn bei den Grünen tummelten sich in der Gründerzeit Ex-Maoisten, die gemeinsam mit Exponenten der Neuen Rechten das System von Jalta, das war die europäische Ordnung, die die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition aufgebaut haben, zerstören wollten. Damals war verständlicherweise das besiegte NS-Deutschland aus der Mitgestaltung ausgeschlossen worden, was die Überwinder von Jalta als nationale Schmach ansahen.

Um das Ziel zu erreichen, kooperierten sie mit allerhand Bürgerbewegungen in Osteuropa, darunter auch erklärten Nationalisten. In diese Linie passt das heute Engagement führender Grüner gut hinein.

Zudem vertritt die Partei Teile der Digitalindustrie und wird so zum aggressiven Teil des deutschen Kapitals. Die Thesen von Detlef Hartmann verdienen eine kritische Diskussion, die aber bisher ausgeblieben ist. Schließlich liegen sie quer zu einer ganz großen Koalition, die in der Ukraine doch noch den Zweiten Weltkrieg gegen Russland gewinnen will.

Peter Nowak

.) EU: Schweizer Atomlobby mischt auch in Brüssel mit:

<https://www.infosperber.ch/umwelt/energieproduktion/schweizer-atomlobby-mischt-auch-in-bruessel-mit/> -Alter Artikel. Foratom immer noch schwer aktiv. 21 EU sind dabei. Die Schweiz auch. Russland mischt ebenfalls da mit. Wegen Taxonomie. Link dazu <https://www.nucleareurope.eu/> - Die im Artikel genannte FDP gehört zur Schweiz.

.) Französisches Atomkraftwerk wegen Trockenheit gedrosselt :

https://www.oekonews.at/?mdoc_id=1172807 - In diesem Jahr war bereits Anfang Mai das AKW Blayais am Fluss Garonne wegen dessen niedrigen Wasserstands zurückgefahren worden.

.) Hier ein Beispiel der Wandlung des "Zeitgeistes":

<https://www.infosperber.ch/politik/friedensaktivistin-verbrachte-neun-tage-in-einzelhaft/> Friedensaktivistin verbrachte neun Tage in Einzelhaft

[Helmut Scheben](#) / 12.06.2022 **In einer Zeit, in der Angst vor einem Atomkrieg wieder umgeht, kommen Atomwaffengegner in Deutschland vor den Richter.** Ria Makein am 8. Juni 2022 nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis © zvg
«Das Schöne war, dass ich im Gefängnis so viele Briefe bekommen habe», erklärt Ria Makein. Am 6. Juni wurde sie aus der Haft entlassen. Einen Tag vor ihrem siebzigsten Geburtstag. Sie hatte im April 2019 im Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel gegen die dort gelagerten NATO-Atombomben demonstriert und wurde wegen Hausfriedensbruchs verurteilt. Da sie die Geldbusse nicht zahlte, musste sie 30 Tage ins Gefängnis. Sie war damals zusammen mit anderen auf den Flugplatz vorgedrungen und hatte Transparente hochgehalten, auf denen unter anderem zu lesen war «Frieden schaffen ohne Waffen».

Das war der Leitsatz der deutschen Friedensbewegung, einer Bewegung, die seit ihrer Gründung Ende des 19. Jahrhunderts mit Namen aufwarten konnte wie Bertha von Suttner, Carl von Ossietzky, Kurt Tucholsky oder Martin Niemöller. Die Bewegung erlebte ihren Höhepunkt in den 1980er Jahren mit dem breiten Widerstand gegen die Stationierung von Raketen mit Nuklearsprengköpfen in Deutschland. Die Sitzblockaden und andere gewaltfreie Aktionen wurden später nach jahrelangen Verfahren vom Bundesverfassungsgericht als legal anerkannt. Die von Vorinstanzen Verurteilten wurden entschädigt.

Heute weht ein anderer Zeitgeist. Deutsche Grüne und Sozialdemokraten stehen stramm hinter der NATO. Wer heute den Rüstungsbetrieb stört, wird kaum auf Verständnis der Justiz treffen. Ria Makein und die 16 anderen, die 2019 am Atomwaffenlager demonstrierten, gehören zu einer aussterbenden Art: [Pazifisten und Mitglieder der Friedensbewegung](#). Das sind Ungläubige, sie glauben weder an die Rüstungsindustrie noch an die Doktrin vom «Gleichgewicht des Schreckens». Sie glauben nicht, dass mit mehr Waffen mehr Sicherheit oder mehr Frieden geschaffen werden.

Sie sind heute die Ex-Kommunizierten in einem «christlichen Abendland», welches wieder einmal auf Panzer und Artillerie schwört.

.) Putins Einnahmen durch Öl und Gas:

<https://taz.de/Putins-Einnahmen-durch-Oel-und-Gas/!5858014/>

Russland dreht den Hahn nicht zu, Mit fossilen Rohstoffen hat Russland seit Kriegsbeginn 93 Milliarden Euro eingenommen. Darum bekommt auch Deutschland weiter Gas aus Russland.

Es klang fast schon logisch, dass Russland auch bald Deutschland den Hahn zudrehen würde. Polen, Bulgarien, Finnland, Dänemark, die Niederlande, Shell bekommen ja bereits kein Gas aus dem Krieg führenden Land mehr. Als Bundesnetzagenturchef Klaus Müller am Montag twitterte, „im Sommer“ werde Nord Stream 1 „gewartet, da wird es wohl keine Einspeicherung geben“, klang das nach einem Aus für die

derzeit wichtigste Quelle russischen Erdgases. Und damit nach einem Winter, in dem das Gas nicht für alle reichen würde.

Über die gut 1.200 Kilometer lange Ostseepipeline Nord Stream 1 schickte Gazprom nämlich zuletzt gut 70 Prozent seines für Europa gedachten Gases, rund 1,2 Milliarden Kubikmeter pro Woche. In diesem Zeitraum verbraucht Deutschland im Schnitt 1,6 Milliarden Kubikmeter. Kurze Zeit später gab Müller allerdings Entwarnung: Es handele sich um eine jährliche Wartung, die „dauert in der Regel etwa zwei Wochen“.

Gazprom stellte wenig später auf seiner Homepage klar, dass für die Wartung vom 11. bis 21. Juli abgeschaltet werde. Nord Stream 1 läuft weitgehend parallel zu Nord Stream 2. Diese Pipeline ist zwar fertiggebaut, die Genehmigung infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine allerdings auf Eis gelegt.

Warum der Kreml weiter Gas in den Westen schickt, zeigt eine Analyse des in Finnland ansässigen Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA). Danach hat Russland in den ersten hundert Tagen des Krieges gegen die Ukraine satte 93 Milliarden Euro aus dem Export fossiler Brennstoffe eingenommen – trotz Sanktionen und Bemühungen des Westens, darauf zu verzichten.

.) Deutschland: Höchste Inflation seit fast 50 Jahren :

<https://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-hoechste-inflation-seit-fast-50-jahren-details-zu-mai-zahlen/28423178.html> -

Die Inflation in Deutschland kratzt an der Acht-Prozent-Marke – und Volkswirte machen Verbrauchern wenig Hoffnung, dass die Preise rasch wieder sinken. Energie und Lebensmittel haben sich seit Beginn des Ukraine-Krieges teils drastisch verteuert. Zudem treiben Lieferengpässe die Teuerung. Insgesamt lagen die Verbraucherpreise im Mai um 7,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, wie das Statistische Bundesamt vorläufig errechnete. Detaillierte Ergebnisse legt die Wiesbadener Behörde am Dienstag morgen vor.

Inflationsraten auf dem derzeitigen Niveau gab es nach dem Anschluss der DDR an die BRD noch nie. In den alten Bundesländern muss man in der Zeitreihe bis in den Winter 1973/1974 zurückgehen, um ähnlich hohe Werte zu finden. Damals waren die Ölpreise infolge der ersten Ölkrise stark gestiegen.

.) Selenski will die Krim zurück : <https://taz.de/-Nachrichten-zum-Ukrainekrieg-!/5860585/>

Der ukrainische Präsident verspricht die Rückeroberung sämtlicher besetzter Gebiete – inklusive der Krim. Sjewjerodonezk ist eingekreist.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski hat seinen Landsleuten eine Rückeroberung der von Russland annektierten Halbinsel Krim versprochen. „Die ukrainische Flagge wird wieder über Jalta und Sudak, über Dschankoj und Jewpatorija wehen“, sagte Selenski in seiner abendlichen Videobotschaft am Montag

in Kiew. „Natürlich werden wir auch unsere Krim befreien.“

Russland hatte [die Halbinsel im Schwarzen Meer](#) 2014 militärisch besetzt, als die Ukraine nach einem Machtwechsel geschwächt war und keinen Widerstand leisten konnte.

Dann wurde ein international nicht anerkanntes Referendum abgehalten und die Krim Russland angegliedert. Selenski hat immer eine Rückkehr der Halbinsel verfochten, dies aber selten so nachdrücklich als Kriegsziel formuliert.

Der Präsident rief die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine auf, den Kontakt in die russisch besetzten Landesteile, nach Donezk oder ins Gebiet Charkiw zu halten. Auch diese Gebiete würden wieder befreit, kündigte er an. „Sagen Sie ihnen, dass die ukrainische Armee auf jeden Fall kommen wird!“ Im Osten im Donbass sei die Armee unter Druck. Sie brauche von ihren ausländischen Partnern dringend moderne Artillerie, um sich durchsetzen zu können, sagte Selenski.

.) Der Hölle entkommen, Wie Boris Zabarko die Shoah überlebte und nun vor Putins Krieg fliehen musste: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164507.holocaust-der-hoelle-entkommen.html> -

Kriegsgefangene, die ein Massengrab zuschütten müssen in Babyn Jar, einer Schlucht bei Kiew, in der am 29. und 30. September 1941, innerhalb von 48 Stunden, über 33 000 jüdische Menschen von deutschen "Einsatzgruppen" ermordet wurden.

»Wir retten uns vom Tod ins Leben«, sagt Boris Zabarko zu seiner Enkelin und seiner Nichte, als die drei auf abenteuerlichen Wegen vor dem Krieg in ihrer Heimat über Lwiw und Budapest nach Deutschland fliehen – ausgerechnet in jenes Land, das vor über 80 Jahren die Ukraine mit Terror, Leid und Zerstörung überzogen hatte. Der heute 86-Jährige überlebte den Holocaust. Sechs Jahre war er, als er ins Ghetto von Schargorod in Transnistrien, im rumänischen Besatzungsgebiet, deportiert worden war. Die Bukarester Militärdiktatur unter General Ion Antonescu war am heimtückischen Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941 beteiligt gewesen und bekam dafür von den deutschen Aggressoren auch einige eroberte Gebiete zugeschanzt.

Boris Zabarko hat nach der Befreiung vom Faschismus an der Universität von Czernowitz studiert und bis zu seiner Rente am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik gearbeitet. 1971 bis 1991 war er Mitglied der sowjetisch-deutschen Historikerkommission. Dieser galt dann auch die erste Frage, die [Wolfgang Benz](#), emeritierter Professor der TU Berlin und langjähriger Leiter des dort ansässigen Zentrums für Antisemitismusforschung, an seinen ukrainischen Kollegen am vergangenen Donnerstagabend in der Berliner Topographie des Terrors richtete. Der westdeutsche Forscher wollte wissen, wie ergiebig die Arbeit mit den DDR-Historikern war.

Zabarko betonte, dass in jenem Gremium »intelligente und integere Menschen« kollegial und nach streng wissenschaftlichen Regeln zusammenarbeiteten. Deren

Hauptaugenmerk habe der Geschichte des Zweiten Weltkrieges respektive des Großen Vaterländischen Krieges sowie menschlichen Schicksalen in diesen gegolten. »Was damals geleistet wurde, war ein solides Fundament für weitere Forschungen.« Über die vor 25 Jahren gegründete Deutsch-Russische Geschichtskommission wurde nicht gesprochen; sie hat übrigens kurz nach dem von Putin befohlenen Angriff auf die [Ukraine](#) ihre Arbeit ausgesetzt – eine Entscheidung von bundesdeutscher Seite. Zabarko, Autor von nicht weniger als 200 Büchern und Artikeln, reflektierte die wissenschaftliche Aufarbeitung des Holocaust in Vergangenheit und Gegenwart. In der Sowjetunion sei der millionenfache Mord der Nazis an den Juden tabu gewesen. Wenige Jahre nach dem Sieg über Nazideutschland gerieten in der UdSSR alle Juden unter Generalverdacht, ward alles Jüdische verpönt, wurden jüdische Schulen und Theater geschlossen. Bürger jüdischer Herkunft oder Religion sahen sich Repressalien ausgesetzt. Zabarko erinnerte an die »Ärzteverschwörung« 1952/53, ein Hirngespinnst Stalins. Angeblich hätten jüdische Ärzte ein Komplott zur Ermordung des Kreml-Herrn und weiterer Mitglieder der Sowjetregierung geschmiedet. In der Folge kam es zu Massenverhaftungen und Schauprozessen, die von antisemitischer Propaganda in den Medien begleitet wurden, sowie zu willkürlichen Exekutionen. Im Februar 1953 brach Moskau die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab, die fünf Jahre zuvor aufgenommen worden waren, mit der Proklamation des jüdischen Staates. Golda Meir, 1998 in Kiew geboren, die in ihrer Kindheit antisemitische Pogrome im russischen Zarenreich erlebt hatte, Anfang der 70er Jahre Premierministerin von Israel, war die erste Botschafterin von Tel Aviv in der Sowjetunion.

Zur Sprache kam während der Podiumsdiskussion in Berlin auch das »Schwarzbuch« über den deutschen Massenmord an den sowjetischen Juden, verfasst von den russischen Schriftstellern Ilja Ehrenburg und Wassili Grossman, das Stalin – nachdem es bereits in Druck gegangen war – einstampfen ließ. Ehrenburg und Grossman hatten bereits während des Krieges Material gesammelt. Nur einige handschriftliche Exemplare ihres »Schwarzbuches« sind überliefert. Auf deren Grundlage konnte die Dokumentation Anfang der 90er Jahre doch noch publiziert werden, zunächst in Israel. 1994 erschien sie, wie hier zu ergänzen wäre, auch in deutscher Übersetzung, dank der DDR-Historiker Heinz und Ruth Deutschland.

Vor dem Überfall der Wehrmacht lebten in der Ukraine 2,7 Millionen Juden, informierte Zabarko. Heute sind es nur noch knapp über 100 000. Bezüglich der späten, erst nach dem Zerfall der UdSSR begonnenen Aufarbeitung jüdischen Sterbens unter deutscher Okkupation merkte Zabarko selbstkritisch im Namen seiner Zunft wie auch generell sowjetischer Holocaust-Überlebender an: »Daran sind wir auch selbst schuld.« Man habe sich staatlichem Tabu gefügt.

Benz warf ein, dass Forschung, Lehre und Publizistik in der Bundesrepublik sich auch erst seit den 80er Jahren des Genozids am europäischen Judentum angenommen

hätten und dass bis heute noch zu wenig über den Völkermord im Osten bekannt sei. Zabarko bestätigte, im Westen sei lediglich das Massaker in Babyn Jar bekannt, einer Schlucht bei Kiew, in der am 29. und 30. September 1941, innerhalb von 48 Stunden, über 33 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder von deutschen »Einsatzgruppen« ermordet worden waren. »Vielleicht sind noch sechs weitere Orte der Verbrechen bekannt«, konzidierte Zabarko. Allein in der Ukraine gäbe es jedoch 2000 Stätten, an denen die Aggressoren ihren mörderischen Antisemitismus austobten. Dass seine Bücher, die Erinnerungen »Nur wir haben überlebt« und das voluminöse, 1300 Seiten umfassende wissenschaftliche Werk »[Leben und Tod in der Epoche des Holocaust in der Ukraine](#)« deutsche Verlage fanden, erfüllt den Shoah-Überlebenden mit Genugtuung, wertet er als ein Zeichen der Versöhnung und Wiedergutmachung. Ausdrücklich bedankte sich Zabarko bei zivilgesellschaftlichen Initiativen in Deutschland wie dem Verein Kontakte – Kontakty und der Aktion Sühnezeichen, »ohne deren Unterstützung wir unter den heutigen gefährlichen, harten und schwierigen Bedingungen nicht überleben könnten«. Womit der Veteran die Situation der Juden in der Ukraine auch schon vor Putins Angriffskrieg meinte. »Die Lebensbedingungen und Renten von Holocaust-Überlebenden sind unvergleichlich schlechter und niedriger als die jüdischer Menschen in westlichen Staaten; die Chancen für Juden, eine solide Ausbildung und gut bezahlte Arbeit in meiner Heimat zu erhalten, sind äußerst bescheiden.« Der Präsident der ukrainischen Vereinigung ehemaliger jüdischer Häftlinge der Ghettos und NS-Konzentrationslager berichtete, dass man Geldspenden wie auch Hilfe in Form von Lebens- und Arzneimitteln sowie medizinischen Geräten zu schätzen wisse. Abschließend zeigte sich Zabarko wenig optimistisch: »Auch bei einem potenziellen Sieg der Ukraine wird sich die Lage der Juden in meiner Heimat, aber auch polnisch- und russischstämmiger Bürger nicht wesentlich bessern.«

.) Erpresser in Ankara, Aert van Riel zum Widerstand gegen die Nato-Erweiterung : <https://www.nd-aktuell.de/amp/artikel/1164509.nato-erpresser-in-ankara.amp.html> - Kaum ein Politiker erpresst seine Partnernten der **Kurdischen Arbeiterpartei PKK** Unterschlupf gewähren. Das ist abstaaten so oft und skrupellos wie der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Manchmal droht er damit, Geflüchtete in Richtung Europäische Union weiterreisen zu lassen, um westliche Staaten unter Druck zu setzen. Nun macht er den geplanten Beitritt von Schweden und Finnland zur Nato zu seinem großen Thema und blockiert den Prozess. Angeblich sollen die beiden Länder [Aktivis](#) er nur eine Behauptung. In Wahrheit geht es dem türkischen Autokraten darum, die Staaten des Militärbündnisses zu Zugeständnissen zu zwingen. Denn sie wissen, dass alle Nato-Staaten zustimmen müssen, wenn Neumitglieder aufgenommen werden. Ohne Erdoğan geht also nichts. Doch was will er eigentlich? Bekannt ist, dass die Türkei [erneut kurdische Gebiete im](#)

Norden Syriens überfallen und dabei freie Hand haben will. Andere Staaten der Nato werden ihr dabei bestimmt nicht in die Quere kommen. Denn sie ist keine sogenannte Wertegemeinschaft, sondern ein Bündnis, dessen Mitglieder eiskalte Machtpolitik betreiben.

.) Angriffskrieg der Türkei : <https://www.akweb.de/politik/tuerkei-nato-offensive-kurdistan-steht-bevor-vertreibung-syrien/> -

Vor aller Augen

Die Türkei droht erneut, Kurdistan anzugreifen – mit Rückendeckung des Westens - Seit Tagen beschießt die Türkei Rojava, eine Offensive und neue Annexionen stehen bevor. Die Nato stört das wenig. Generalsekretär Stoltenberg bei einem Besuch in Ankara im Oktober 2020.

In Rojava steht eine neue türkische Offensive bevor. Nachdem schon 2017, 2018 und 2019 Gebiete Rojavas von der Türkei und ihren islamistischen Schergen annektiert wurden, soll es dieses Jahr wieder so weit sein. Besonders im Auge hat Erdoğan laut eigener Aussage die restlichen kurdischen Gebiete im Nordwesten Syriens. Dazu gehören wichtige Städte wie Tel Rifaat, wo Hunderttausende vertriebene Kurd*innen aus Afrin von der Türkei und islamistischen Milizen einerseits und Assads Truppen andererseits umzingelt sind, sowie Manbij, die eine der ersten Großstädte war, die vom IS erfolgreich befreit wurde. Sogar von einem Angriff auf Kobani ist immer wieder von türkischer Seite die Rede.

Seit Tagen werden die Gebiete bereits durch Artilleriefeuer und einzelne Drohnenangriffe in Angst und Schrecken versetzt. Erst am 7. Juni wurde ein außerordentliches Treffen der Syrian Democratic Forces (SDF) einberufen, um angesichts der bedrohlichen zivilen Lage und der sich weiter destabilisierenden Anti-IS-Mission Kräfte zu koordinieren. Ethnische Säuberungen, IS-Rückendeckung, mit all dem kommt die Türkei davon und droht sogar noch, den Nato-Beitritt Schwedens und Finnlands zu verhindern.

Dem Außenbild der Türkei schadet das wenig, im Gegenteil: Während des Ukrainekriegs wird ihr eine Vermittlerrolle zugeschrieben. Wie sieht diese »Vermittlung« aus? Einerseits liefert die Türkei der Ukraine ihre Bayraktar-TB2-Kriegsdrohnen. Die Türkei »vermittelt« andererseits, indem sie Russland nicht sanktioniert, wie es die übrigen Nato-Länder tun, und sogar ankündigt, ein alternatives Zahlungssystem für russische Sommertourist*innen anzubieten, die einen Großteil der Türkei-Urlauber*innen ausmachen. Die Türkei »vermittelt« und kassiert also gleich doppelt. Sie gibt der Ukraine die Mittel, sich gegen die Invasion Russlands zu verteidigen und gibt Russland Mittel, diesen Krieg zu führen. Die Teile für die Drohnen stammen dabei aus den Niederlanden, den USA, aus England und Belgien sowie aus Deutschland. All diese Länder profitieren demnach ebenso direkt vom Ukrainekrieg.

Krieg macht Geld, so viel ist klar, doch selbst auf der normativen Ebene der vermeintlich feministischen Außenpolitik einer Annalena Baerbock bewegt sich nichts. Lediglich eine Corona-Infektion hat die deutsche Außenministerin, die zu Gesprächen erst nach Pakistan, dem Top-Unterstützer der Taliban, und dann in die Türkei reisen wollte, davon abgehalten, ihren Rundum-Besuch der Islamismus-Supporter abzuschließen.

Die Gründe für die Beanspruchung des Vetorechts der Türkei gegen den Nato-Beitritt Finnlands und Schwedens sind laut der bürgerlichen Presse die vermeintliche Unterstützung der PKK und YPG durch die beiden Länder sowie die bevorstehende Präsidentschaftswahl in der Türkei im Jahr 2023 und damit einhergehend die Notwendigkeit eines außenpolitischen Erfolgs. Weshalb aber sollte die Türkei, eines der ältesten Nato-Mitglieder, einer Stärkung des Bündnisses entgegenstehen? Die Intervention soll das spezifische Recht der Türkei und ihre Macht innerhalb der Nato unterstreichen. Woraus ergibt sich diese?

Istanbul trennt Europa vom Orient, die liberalen Kinder der bürgerlichen Aufklärung von den Terrorist*innen, die Demokratie vom (archaischen) Despotismus – so das eurozentrische, rassistische Denken und so auch der Gründungsmythos der kemalistischen Türkei, von dem Erdoğan weiterhin profitiert, ob man ihn nun Sultan nennt oder nicht.

Die Macht der Türkei, ihre Inanspruchnahme eines spezifischen Rechts erwächst daraus, dass sie eben diese Grenze markiert – und selbst zwischen den Grenzen oszilliert. Die jetzige Intervention innerhalb der Nato folgt sicherlich auch den oben genannten kurzfristigen Interessen, doch sie dient ebenso dazu, der Nato wie der EU die Grenzposition und damit auch die Rolle der Türkei bei den (noch kommenden) Flüchtlingsbewegungen in Erinnerung zu rufen.

Damit hat Erdoğan die besten Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen: Die Türkei wird mit irgendeinem Profit aus ihrer Intervention herausgehen – und was ist schon ein größerer außenpolitischer Erfolg, als weiterhin unbekümmert und ungestört eine ethnische Säuberung durchführen zu können?

.) Zwischenkonferenz von KON-MED: Gegenpol zum Vernichtungskonzept :

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/zwischenkonferenz-von-kon-med-gegenposition-zum-vernichtungskonzept-32626> - Der bundesdeutsche Dachverband kurdischer Vereine hat bei seiner ersten Zwischenkonferenz des Jahres eine Ausweitung des Engagements gegen das PKK-Verbot in Deutschland und die kriegerische Aggression des türkischen Staates in Kurdistan angekündigt.

.) Istanbul: Fünfzig Festnahmen bei Sternmarsch nach Gemlik :

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/istanbul-funfzig-festnahmen-bei-sternmarsch-nach-gemlik-32616> -

In der westtürkischen Metropole Istanbul sind Teilnehmende des Sternmarschs nach Gemlik von der Polizei angegriffen worden, es kam zu rund fünfzig Festnahmen. Auch Parlamentsabgeordnete der HDP wurden drangsaliert.

.) Die Situation in Südkurdistan und Irak ist hochgefährlich :

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/kommentar-situation-in-sudkurdistan-und-irak-hochgefahrl-32623> - Allein wegen des Widerstands der Guerilla konnte der türkische Staat seine Invasionsziele in Südkurdistan bisher nicht erreichen. Wenn der Irak und Südkurdistan keine Position gegen die Angriffe beziehen, wird es keinen Irak mehr geben.

.) Der Dritte Weltkrieg und seine Auswirkungen auf Kurdistan :

<https://www.kurdistan-report.de/index.php/archiv/2022/96-kr-221-mai-juni-2022/1306-der-dritte-weltkrieg-und-seine-auswirkungen-auf-kurdistan> -

Aktuelle politische Lagebewertung -

Wir haben das erste Quartal des Jahres 2022 hinter uns und können damit zentrale Charakteristika und Dynamiken der gegenwärtigen politischen Phase bestimmen. Denn ein richtiges Verständnis der politischen Entwicklungen in ihrem historischen Kontext ist für die demokratischen Kräfte von zentraler Bedeutung, um die Gesellschaften vor der Vereinnahmung durch die kapitalistische Moderne zu verteidigen und eine unabhängige Agenda zu entwickeln. Nach dem globalen Ausnahmezustand, der durch die Corona-Pandemie ausgelöst wurde und dessen weitreichende gesellschaftliche Folgen noch nicht abzusehen sind, zieht nun der Krieg in der Ukraine die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich. Krieg und Frieden sind (wieder) die zentralen Fragen des westlichen Diskurses geworden. Dabei sprachen die neoliberalen Denker:innen nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges vom »Ende der Geschichte« und dem »Sieg der Demokratie«. Schlagzeilen wie »Es ist wieder Krieg« oder »Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt« prägen den staatlichen und Mainstream-Diskurs in der westlichen Hemisphäre.

.) When Cowboy Ronny comes to Town : <https://www.jungewelt.de/artikel/427902.yankee-go-home-when-cowboy-ronny-comes-to-town.html> - Die Schlacht am Nollendorfplatz.

Vor 40 Jahren besuchte US-Präsident Ronald Reagan Westberlin. Ein Garant für militante Auseinandersetzungen – der Besuch des Großen Bruders von jenseits des Atlantik. Demonstranten bei der Straßengestaltung (Westberlin, Bülowstraße, Ecke Zietenstraße, 11.6.1982)

.) Atomkraftwerke der Wasserverbrauch und der Klimawandel in Europa :
https://www.oekonews.at/?mdoc_id=1172807 und <https://www.windkraft-journal.de/2014/03/21/fossil-und-atomkraftwerke-sind-die-groessten-wasserverbraucher-windenergie-hilft-wassersparen/50211#:~:text=Pro%20Jahr%20ben%C3%B6tigen%20Gaskraftwerke%20530,m3%20Wasser>. Fossil- und Atomkraftwerke sind Wasserverbraucher Nummer 1 – Mehr Text unter den Links.

.) Milliarden für Gasunternehmen :

<https://taz.de/-Nachrichten-zum-Ukrainekrieg-/15861456/> -

Der russische Energieriese Gazprom kündigte an, die maximalen Gasliefermengen durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 nach Deutschland um 40 Prozent zu reduzieren. Als Grund nannte Gazprom Verzögerungen bei Reparaturarbeiten durch die Firma Siemens. Für Deutschland ist Nord Stream 1 die Hauptversorgungsleitung **mit russischem Gas**.

Zugleich geriet nach Angaben der Bundesregierung das Unternehmen Gazprom Germania wegen russischer Sanktionen ins Straucheln. Aus Regierungskreisen hieß es, dass es nun mit einer Summe zwischen neun bis zehn Milliarden Euro gestützt werden soll. Geplant seien Hilfen über die staatliche Förderbank KfW. Der Bund übernimmt Garantien. Die Gazprom Germania sei ein Schlüsselunternehmen für die Gasversorgung in Deutschland, erklärte die Bundesregierung. Der Bund hatte Anfang April über die Bundesnetzagentur die Kontrolle über die deutsche Tochter des russischen Staatskonzerns Gazprom übernommen.

.) Im Asot-Chemiewerk in Sjewjerodonezk sollen Hunderte Zivilisten zusammen mit ukrainischen Soldaten ausharren. <https://www.spiegel.de/ausland/krieg-in-osteuropa-ukraine-warnt-vor-weltweiter-weizenkrise-a-d655bee6-15f4-4a56-8cbc-7da62af0850b>

.) Ausbreitung und Rückzug der Kernenergie von 1957 bis 2022 :

<https://www.worldnuclearreport.org/IMG/html/embedauto1-bb40c.html> - Zum Anschauen, dürfte vom WNR immer wieder aktualisiert werden. Eben so wird nach Ablauf eines Monats die Anzahl der AKW weltweit aktuell gestellt. Es gibt einen Unterschied zur Betreiber Liste. Die abgeschalteten AKW in Japan sind noch drin. Bei "uns" sind sie rauegfliegen. Wie viele Japan davon wieder einschalten wird bleibt abzuwarten. Das "Atomdorf" in Japan hat gewonnen. Spitzname vor Ort für die Atomlobby und Atomwirtschaft.

.) Geschochte: Anti-AKW-Demo mit 30.000 in Frankreich / Cherbourg 2006 :

<https://www.dailymotion.com/video/x2mwa> - 15.04.2006 Frankreich/Cherbourg:

Anti-AKW-Demonstration in Cherbourg. In Frankreich sind heute Tausende Atomkraftgegner*innen bei heftigen Dauerregen auf die Straße gegangen. Die Stimmung war trotzdem sehr gut. Menschen aus mehr als 20 Ländern beteiligten sich an der Demo. Rund 1000 aus Deutschland. An der Kundgebung in Cherbourg nahmen nach Schätzung der Polizei mehr als 12.000 Demonstranten teil, nach Angaben der Organisatoren 30.000. Sie erinnerten an die Tschernobyl-Katastrophe vor 20 Jahren und protestierten gegen den Bau neuer Atommeiler in Frankreich. Im Gorleben Bus saßen über 50 Menschen die nach Cherbourg gefahren sind.

.) Hamburger Senat versucht Volksinitiative gegen Rüstungsexporte juristisch zu stoppen : <https://taz.de/Hamburger-Volksini-ueber-Ruestungsexporte/!5851442/> - Die Volksinitiative gegen den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen hat in der ersten Phase erfolgreich über 16.400 Unterschriften für einen zivilen Hamburger Hafen gesammelt. Statt das Friedensanliegen der Bevölkerung weiter zum Ausdruck kommen zu lassen und gemeinsam eine demokratische, zivile und soziale Zeitenwende einzuläuten, hat der Hamburger Senat Anfang Juni einen Antrag auf Nichtdurchführung der zweiten Unterschriftensammelphase, des am 1. Mai 2022 von der Volksinitiative beantragten Volksbegehrens, beim Hamburger Verfassungsgericht eingereicht. Dabei fordert das Aufrüstungspaket von 100 Milliarden Euro uns alle zur konsequenten Gegnerschaft zu Aufrüstung und Militarismus und zu einer solidarischen und friedenspolitischen Alternative heraus. „Anstatt Wege zu finden, Verantwortung zu übernehmen und aus Hamburg mit Bürger:innenbeteiligung eine Friedensstadt mit positiver Perspektive zu entwickeln, hat der Versuch des Stoppens der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte zur Konsequenz, dass heute und morgen und stetig anwachsend immer mehr todbringende Güter im Hafen umgeschlagen und exportiert werden. Anstatt die in der Hamburgischen Verfassung definierte Rolle der Stadt als Mittlerin des Friedens ernst zu nehmen, missachtet der Senat erneut die Volksgesetzgebung“, kritisiert Monika Koops vom Arbeitskreis Frieden Ver.di Hamburg, Vertrauensperson der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte. „Es ist nicht das erste Mal, dass der Senat versucht eine Volksinitiative per Anrufung des Verfassungsgerichts zu unterbinden. Man kann vom Versuch einer systematischen Aushebelung der im Landesgesetz garantierten direkten Demokratie sprechen, insbesondere wenn die Interessen großer Unternehmen - in diesem Fall der Rüstungsindustrie - mit starker Lobby zur Abstimmung stehen. Wie schon bei den Volksinitiativen gegen den Pflegenotstand in Krankenhäusern, zur Verbindlichmachung von Bürgerentscheiden und zur Streichung der Schuldenbremse versucht die Landesregierung einer politischen Entscheidung durch die Bevölkerung mit dieser fragwürdigen Methode aus dem Weg zu gehen“, betont Martin Dolzer, Musiker, Journalist und Vertrauensperson der Volksinitiative. „Gerade weil in der Ukraine, im Nordirak, im Jemen, in Syrien, in Mali und an vielen

weiteren Orten der Welt Kriege geführt werden, ist unsere Initiative heute wichtiger denn je. Aus der Hamburger Verfassung geht der Auftrag für einen zivilen Handel und Austausch ohne Rüstungsexporte und die Verantwortung, für ein gutes Leben an jedem Ort auf der Welt zu wirken, hervor. Ein Verbot des Umschlags von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen ist geboten. Das durchzusetzen, bedeutet Frieden schaffen. Das alltägliche Geschäft mit dem Tod wollen wir deshalb mit kollektivem „Nein“-Sagen stoppen. Der Vorwand des Senats, dass die Verantwortung für Rüstungstransporte allein auf der Bundesebene läge, zielt darauf ab, die Verfügungsgewalt der Hamburger Bevölkerung außer Kraft zu setzen. Das Verfassungsgericht muss den Hamburger Senat in die Schranken weisen und gemeinsam müssen wir aus der Geschichte schöpfend unsere Landesverfassung neu ernst nehmen, erklärt Paula Herrschel, Studentin und Vertrauensperson der Volksinitiative

Für Rückfragen stehen wir unter der Tel. Nr.: 0174 8284581 zur Verfügung www.ziviler-hafen.de

.) Finnisch-russische Trennlinie:

<https://taz.de/Finnisch-russische-Trennlinie/!5858124/>

An der Grenze zur Furcht Kari Matikainen lebt als Bauer direkt an der Grenze. Angst hat er nicht. Aber auch er unterstützt eine Nato-Mitgliedschaft Finnlands. Auf dem abschüssigen Acker wächst daumenhoch grüner Flaum. Der Weizen sprießt bis zu einem kleinen Tannenwäldchen am Ufer des Pitkäjärvisees, durch dessen Mitte die finnisch-russische Grenze verläuft. Kari Matikainens Familie bewirtschaftet dieses Land seit Generationen. Wenn er vor 30 Jahren am Ufer des Sees spielte, hielten seine Eltern gelegentlich einen Zeigefinger über ihre Lippen und zischten „pst“. Lärm zu jeder Tageszeit sowie Taschenlampen in der Nacht waren russischerseits an der Grenze verboten.

.) Eine anarcho-syndikalistische Position zum Russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine : Der folgende Beitrag von Martin Veith aus dem Institut für Syndikalismusforschung (Bremen) ist in der ersten Ausgabe der Kampfgeister - Mitteilungen aus dem Institut für Syndikalismusforschung erschienen.

Ukraine: Für die Solidarität mit der um Freiheit und Überleben kämpfenden Bevölkerung und den Anarchistinnen und Anarchisten

Von Martin Veith

Seit dem 24. Februar 2022 führt die Russische Staatsführung einen groß angelegten Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die russische Armee geht dabei mit größter Brutalität vor und hält sich nicht an die international ausgehandelten Vereinbarungen über den Schutz der Zivilbevölkerung. Russische Soldaten greifen

Städte, Siedlungen und Dörfer an, zerstören Städte wie Mariupol, verhindern Evakuierungen und begehen Massaker an der Zivilbevölkerung wie in Butscha und Irpin. Zehntausende von Toten sind bis jetzt das Resultat des Überfalls Russlands und Millionen von Menschen wurden und werden zur Flucht gezwungen. Gegenüber der russischen und weltweiten Öffentlichkeit erklärte der Machthaber im Kreml, Wladimir Putin, es handele sich bei dem Krieg, der in Russland unter Androhung von langjährigen Gefängnisstrafen nicht als Krieg benannt werden darf, um einen „antifaschistischen Einsatz“ zur „Entnazifizierung und Entmilitarisierung“ der Ukraine. Er benutzt diese historischen Begriffe, die ihre Rechtfertigung gegenüber Nazi-Deutschland hatten, um die Ukraine und ihre Bevölkerung mit den deutschen Faschisten gleichzustellen. Die Nazis, unterstützt von großen Teilen des deutschen Kapitals, praktizierten einen strukturierten und industrialisierten Massenmord an Juden, Roma und Sinti in Konzentrationslagern sowie an der von ihnen als „Untermenschen“ bezeichneten slawischen Bevölkerung Europas. Die Verfolgung und Vernichtung richtete sich seit Beginn ebenfalls gegen die emanzipatorischen Bewegungen, wie die ArbeiterInnen-, anarchistische und antifaschistische Bewegung.

Die Gleichsetzung der Ukraine und ihrer Bevölkerung mit den Nazis ist eine Widerlichkeit und entschieden zurückzuweisen, auch wenn es dort, wie auch in Russland, organisierte Neonazi-Gruppen und rechtsextreme paramilitärische Verbände gibt.¹ Der tatsächliche Hintergrund des russischen Angriffs besteht aus dem Großmachtstreben der russischen Nationalisten, zu deren Sprachrohr, Akteur und Haupt sich Wladimir Putin konsequent entwickelt hat. Er träumt von einem Großrussischen Reich und sieht seine historischen Vorbilder dafür bei den russischen Zaren und bei Stalin, die allesamt eine Unabhängigkeit der Ukraine verhinderten und die ukrainische Sprache verboten.

Groß-Russischer Nationalismus, Autoritarismus und Verachtung für Freiheit und Individualismus

Bereits im Juli 2021 veröffentlichte Putin einen Aufsatz auf der Homepage des Kreml, in dem er der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung jedes Existenzrecht bestreitet. Konsequenter spricht er von den Ukrainern als „Klein-Russen“ und rechtfertigt territoriale Ansprüche Russlands „ebenso, wie ein Eingreifen jeglicher Art“. Denn, so Putin: „Die Ukraine könne es nur zusammen mit Russland geben“. Den Zusammenbruch der freiheitsfeindlichen Sowjetunion 1991 bezeichnet er als „Schande von 1991“. Seine „Mission sei die Wiedervereinigung des dreieinigigen Volkes aus Russen, Kleinrussen und Weissrussen“.²

1 Siehe dazu die Schwerpunktausgabe „Die extreme Rechte in der Ukraine“ des Antifaschistischen Infoblatts Nr. 126, Frühjahr 2020.

2 Alle Zitate aus der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ): Russland und Ukraine: Putin schreibt brisanten

Hierzulande wird die Sowjetunion gerne von den orthodoxen Kommunisten, Funktionären der Linkspartei, der DKP und anderen Linken verklärt. In der marxistisch dominierten Linken Deutschlands wurden und werden Tatsachenberichte über die sozialen und politischen Unterdrückungen in der Sowjetunion schon seit der Weimarer Republik gerne ignoriert oder gerechtfertigt.³ Diese wissens-resistente ignorante Traditionslinie zieht sich bis heute fort.⁴ Anarchistische und anarcho-syndikalistische Analysen des totalitären Charakters des Marxismus-Leninismus und seiner Ähnlichkeiten mit Faschismus und Nationalsozialismus möchten diese Leute nicht sehen. Die systematische Bekämpfung anarchistischer und anarcho-syndikalistischer Bewegungen während der Russisch-Ukrainischen Revolution von 1917 durch die Parteikommunisten wird oftmals gerechtfertigt. Nicht wenige von ihnen haben große Sympathien mit dem autoritären Russland von heute, das sie in irrationaler Verbundenheit verteidigen. Die linke Tageszeitung „junge Welt“ titelte am Tag nach der offiziellen Anerkennung der sog. „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“, einen Tag vor dem russischen Angriffskrieg: „Putin erzwingt Frieden“.⁵ Dass die pseudo-sozialistische Sowjetunion nicht nur nach innen gegen die Bevölkerung, die emanzipatorischen und anti-autoritären Bewegungen unterdrückerisch agierte, sondern gleichzeitig andere Volksgruppen in anderen Ländern und Regionen Osteuropas unterdrückte, ihrer Selbstbestimmung beraubte und deren Länder in ihren Machtbereich einverleibte, wird ebenso oft ignoriert und übersehen. Bis hinein in bürgerliche Kreise Westeuropas wurden die russischen Warnungen und Drohungen gegenüber der Ausweitung des Militärbündnisses NATO nach Osteuropa für nachvollziehbar gehalten und die Interessen und Erfahrungen der Nachfolgestaaten des sowjetischen Machtbereichs und ihre Furcht vor dem autoritären imperialistischen Russland nicht beachtet und ignoriert. Dieses Misstrauen gegenüber der NATO ist begründet, ist sie doch ohne Zweifel eine von der imperialistischen USA dominierte Militärstruktur. Vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gab es über viele Jahre hinweg provokante NATO-Manöver in Osteuropa und die militärische Aufrüstung und Ausbildung osteuropäischer Staaten. Dies sind Fakten. Fakt ist aber auch, dass über den Kopf der Ukraine hinweg mit Russland

Aufsatz. NZZ vom 16.07.2021 (Abgerufen am 09.03.2022)

- 3 Siehe dazu z.B.: Rudolf Rocker: Der Bankrott des Russischen Staats-Kommunismus, Berlin 1921 oder verschiedene Ausgaben des „Der Syndikalist“ (1919-1933), der Wochenzeitung der Freien Arbeiter-Union Deutschlands, in welcher über die Verfolgung von AnarchistInnen und SyndikalistInnen in der Sowjetunion beständig informiert wurde.
- 4 Siehe dazu z.B. Philippe Kellermann: Marxistische Geschichtslosigkeit: Von Verdrängung, Unwissenheit und Denunziation: die (Nicht-)Rezeption des Anarchismus im zeitgenössischen Marxismus, Lich 2011.
- 5 Junge Welt vom 23. Februar 2022.

verhandelt und ihr nahegelegt wurde, weder der EU noch der NATO beitreten zu dürfen, um Russland nicht zu verärgern. Die Interessen Russlands, als vermeintlich stärker als die Ukraine eingeschätzt, wurden höher bewertet als diejenigen der Ukraine.

Die Ignoranz der tief sitzenden negativen historischen Erfahrungen von Menschen in den osteuropäischen Staaten mit einer durch die Sowjetunion eingesetzten extremen autoritären Staatlichkeit in Abhängigkeit von Moskau ist eine Tatsache. Und niemand hat dem Begriff des Kommunismus, – einer anti-autoritär organisierten Gesellschaft von Freiheit und Wohlstand für alle ohne kapitalistische Ausbeutung – mehr geschadet als die Partei-Kommunisten, Lenin-Anhänger und ihre freiheitsfeindlichen „sozialistischen Staaten“. Der Schriftsteller und Anarchist Ilija Trojanow befasst sich damit in einem Artikel in der Frankfurter Rundschau. Sein Beitrag kann Augen öffnen. Er schreibt darin: „1989 beziehungsweise 1991 – es muss dieser Tage noch einmal klar gesagt werden – hat dieses totalitäre Imperium den Krieg verloren, auch wenn es ein kalter Krieg war, und die kolonialisierten Völker haben sich selbstständig gemacht (wo Wahlen notwendig waren mit jeweils überwältigenden Mehrheiten, in der Ukraine waren es 92 Prozent). Es ist daher absurd, einer Imperialmacht das Recht zuzusprechen, ein Veto einlegen zu dürfen hinsichtlich der außenpolitischen Entscheidungen dieser unabhängigen Staaten. Imperialismus ist Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und ein Verbrecher hat kein Mitspracherecht bei der Zukunftsgestaltung seiner Opfer! Zumal diese weiterhin an den Spätfolgen der Okkupation leiden. Die ökologischen Verheerungen etwa, die einseitige Entwicklung der Volkswirtschaften, die Zerstörung von Kreativität, Fantasie und kritischem Denken. Weiterhin ist der homo sovieticus nicht überwunden, nicht in Russland und leider auch nicht in den ehemaligen Kolonien.“⁶

Der Vollständigkeit halber sei hier angemerkt, dass auch manche der kapitalistischen (Groß)-Unternehmen gerne mit der Sowjetunion und dem autoritären Russland unter Putin ihre Geschäfte mach(t)en. Die seit Jahren bekannten Verfolgungen von Oppositionellen und die Berichte über die Arbeitslager scher(t)en sie nicht. In totalitär regierten Gesellschaften lässt es sich eben ganz gut profitabel produzieren, denn wirkliche gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb ist unterdrückt und auf die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter muss nur wenig Rücksicht genommen werden.

Putin und die russischen Nationalisten stehen für einen unterdrückerischen

6 Putins Imperialismus – ein Verbrecher hat kein Mitspracherecht. Am Beispiel Bulgariens: Wie die Rote Armee Nachbarländer unterwarf und wie Wladimir Putin diese Tradition fortzusetzen gedenkt. Von Ilija Trojanow in Frankfurter Rundschau vom 24.02.2022. Link: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/ukraine-konflikt-wladimir-putin-russland-sowjetunion-rote-armee-krieg-angriff-91370817.html> (abgerufen 15.04.22)

extrem-autoritären Zentral- und Polizeistaat, der jegliche Abweichung und Opposition verfolgt. Der Einfluss der Russisch-Orthodoxen-Kirche wurde seit Jahren durch Putin vergrößert, um kulturelle und zivilisatorische Freiheiten und Ziele zu be- und verhindern. Homosexualität gilt als Verbrechen, Atheismus gilt als verdächtig, freie Medien gibt es nur noch im Untergrund.⁷ Individualismus und Selbstbestimmung wurden schon zu Zeiten der Sowjetunion ideologisch bekämpft und werden dies auch heute. In russischen Arbeitslagern und Gefängnissen finden sich widerständige Menschen, die Korruption bekämpfen und kritisieren, die demokratische Freiheiten einfordern oder für die Selbstbestimmung und Freiheit des Menschen kämpfen, wie die Anarchistinnen und Anarchisten.

Sympathien und Unterstützung für Putin durch deutsche Neonazis und Nationalisten

Die anti-freiheitliche und nationalistisch-imperialistische Agenda Putins findet große Unterstützung innerhalb des organisierten deutschen Neofaschismus. Für die hiesigen Neonazis verkörpert Putin den Typ von „starkem Mann“, den sie sich für Deutschland wünschen. In Stellungnahmen von NPD-Funktionären und Autoren, darunter des Parteivorsitzenden, wird Verständnis für Putin geäußert und – ganz auf Linie der Kreml-Propaganda – von angeblichen Greueln gegen Russen in der Ukraine gesprochen und der Ukraine ein eigener Volkscharakter abgesprochen.⁸ Auch Funktionäre und Mandatsträger der Alternative für Deutschland positionieren sich schon seit Jahren hinter Putin, ebenso wie große Teile der „Querdenker“-Szene und rechtsradikale Zeitschriften wie das Compact-Magazin des Ex-Marxisten Jürgen Elsässer. Bekannt ist zudem, dass Putin rechtsextreme Bewegungen in West-Europa finanziell durch russische Banken unterstützen lässt. Dazu zählt das Rassemblement National (der vormalige Front National) von Marine Le Pen in Frankreich. In Deutschland ist es bislang nur eine kleine Minderheit von Neonazis, die sich mit den ukrainischen Neonazis solidarisch zeigt und teils gewillt ist, mit diesen zusammen in der Ukraine bewaffnet zu kämpfen.

Große Unterstützung für die ukrainische Bevölkerung

Seit Beginn des Angriffskrieges sind die Augen der Welt auf die Ukraine gerichtet. Täglich werden wir Zeugen von den Verheerungen und dem Leid, das die

7 Zu Putins Gedankengebäude und großrussisch-reaktionären Ansichten siehe den Hintergrund-Artikel: Putin. Reaktionär, autoritär, nationalistisch von Wolfgang Laskowski in: Der Rechte Rand, Nr. 195/2022, S. 10.

8 Vgl. dazu zahlreiche Artikel auf der Homepage der NPD-Zeitung Deutsche Stimme, die sich mit Russland, Putin und dem Ukraine-Krieg befassen. Beispielsweise der Beitrag von Sascha von Aichfriede: Deutscher Schuldreflexbogen: Die Ukraine zieht den Nazijoker vom 11.03.2022 sowie den Youtube-Kanal von Frank Franz, des Parteivorsitzenden der NPD.

russische Armee über das Land und die Menschen bringt. Bemerkenswert groß sind der Widerstandswillen und die Tapferkeit der ukrainischen Bevölkerung und der ukrainischen Armee. Es ist offensichtlich, dass die Russische Staats- und Armeeführung diesen Widerstand deutlich unterschätzt hat und von einem schnellen Sieg und einer schnellen Besetzung des Landes ausging. Die Anteilnahme an Leid und Kampf der Ukraine ist in Deutschland, wie auch anderen europäischen Ländern, riesig. In Betrieben und Schulen, in der Nachbarschaft wird darüber gesprochen. Große Summen an Spenden für Geflüchtete aus der Ukraine wurden gesammelt, Transporte für Flüchtende und Güter des täglichen Bedarfs spontan von Menschen auf die Beine gestellt, Unterkünfte organisiert und das europaweit! Menschen verhalten sich wie Menschen, fühlen mit und sind solidarisch. Die deutsche Regierung hat sicherlich nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsachen einen unbürokratischen Zugang zu Aufenthalt in Deutschland, Wohnen, Arbeit und Bildung für Geflüchtete aus der Ukraine versprochen. Dieses Versprechen muss sie einlösen.

Und es gibt weitere gute Zeichen. Russische Soldaten im Kriegseinsatz in der Ukraine desertieren und lassen ihre Ausrüstungen, teils ihre Panzer zurück. Wie aus Gesprächen mit gefangenen und desertierten Soldaten zu entnehmen ist, wurde ihnen teils die Wahrheit über ihren Einsatzort verschwiegen oder ihnen von Offizieren gesagt, an einem Manöver teilzunehmen. In Weißrussland sabotierten Bahnarbeiter Mitte/Ende März 2022 Gleisanlagen und die Verbindung in die Ukraine. Sie brachten dadurch den russischen Nachschub zum stehen.⁹ Durch die Wirtschaftssanktionen gegen Russland können zahlreiche russische Güter nicht mehr in die Europäische Union ausgeführt werden. Im März führte dies zu kilometerlangen Staus von Zügen auf Strecken der russischen Bahn und damit zu logistischen Problemen bei der militärischen Versorgung. Dennoch gehen die russischen Angriffe ununterbrochen weiter und Menschen sterben. Im März meldete die ukrainische Regierung Anzeichen dafür, dass Russland chemische Waffen eingesetzt hätte. Mitte April wird durch Nachrichtenagenturen vermeldet, dass es zum Einsatz von Überschallbomben in Kiew gekommen sein könnte und tausende von Menschen in der Ukraine zu verhungern drohen.

Anarchistische Solidarität

Schon vor dem Angriffskrieg Russlands organisierten Anarchistinnen und Anarchisten politische und materielle Unterstützung für verfolgte und gefangene Anarchistinnen und Anarchisten in Russland und Weißrussland. Kurz nach Kriegsbeginn begann eine Kampagne für die Anarchistinnen und Anarchisten in der Ukraine – die „Operation Solidarity“, die von anarchistischen Organisationen,

9 Vgl.: Redaktionsnetzwerk Deutschland: Gleise unbefahrbar: Belarussische Eisenbahner sabotieren Putins Krieg vom 23.03.2022 (abgerufen 15.04.22) <https://www.rnd.de/politik/krieg-in-der-ukraine-belarussische-eisenbahner-sabotieren-gleise-XXFXSSIVPRGNVJ7FWVPUJXNUMY.html>

Vereinigungen und Menschen aus mehreren europäischen Ländern getragen und unterstützt wird. In Deutschland zählen beispielsweise das Anarchist Black Cross Dresden, die Föderation deutschsprachiger AnarchistInnen und die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union aus Frankfurt/Main zu den Unterstützern. Mitte März 2022 konnte bereits die stolze Summe von 120.000 Euro an Spenden und Materialien verkündet werden. Eine gespendete Summe, die für die Bewegung so groß ist, wie meines Wissens nach noch nie zuvor nach 1945 in Europa. Mit den Spenden werden Lebensmittel und Hygieneprodukte angeschafft, sie dienen aber auch der Ausstattung mit schusssicheren Westen, Technik, Fahrzeugen und Medizin. In Polen haben Genossinnen und Genossen der Anarchistischen Föderation Wohnungen angemietet, um Geflüchteten aus der Ukraine eine Unterkunft zu schaffen. Durch die Spenden sollen die Mieten dafür bezahlt werden. Spenden werden auch für Traumabehandlungen und andere gesundheitliche Notwendigkeiten verwendet.

In der Ukraine – ganz ähnlich wie in Rojava – gibt es bewaffnet kämpfende anarchistische Gruppen, die sich der Armee Putins in den Weg stellen, um die Bevölkerung zu beschützen. Eine davon ist das „Widerstands-Komitee“, eine andere die Gruppe „Black Flag“.¹⁰ Das anarchistische Infoportal Enough14 berichtet über sie: „Black Flag ist eine anarchistische Gruppe, die hauptsächlich aus der Westukraine stammt und seit Anfang 2016 für ihre Beteiligung an sozialen Kämpfen, Straßenkämpfen gegen die Nazis, den Schutz öffentlicher Räume in Lemberg und die Entwicklung einer horizontalen kooperativen Wirtschaft bekannt ist. In den ersten Tagen der völkermörderischen Invasion errichteten sie eine eigene Einheit zur Territorialverteidigung von Kiew.“¹¹ Sie schreiben über sich: „Wir sind Anarcho-Kommunisten, weil wir an soziale Gerechtigkeit glauben, aber jetzt ist die Rettung der Zivilbevölkerung die Priorität.“

In einer über Facebook und Twitter verbreiteten Mitteilung des „Widerstands-Komitees“ vom 1. März 2022 informieren diese: „Den antiautoritären Kräften gelang es, im Rahmen der Territorialverteidigung der Ukraine eine eigene internationale Abteilung zu organisieren. Außerdem verteidigen Dutzende unserer Freunde die Hauptstadt und große Städte mit Waffen in der Hand.“ Kämpfer der anarchistischen Einheiten sind bereits im Kampf gefallen. Darunter Igor Volokhow im März 2022 bei der Verteidigung von Charkiw. Seine Genossen schreiben über ihn: „Igor war ein konsequenter und überzeugter Anarchist. Er unterstützte seine Freunde, die von der Russischen Föderation gefangen waren

10 Das Widerstandskomitee berichtet laufend auf Telegram über seine Aktivitäten: <https://t.me/s/theblackheadquarter>. Es kann per email erreicht werden: blackheadquarterinua@riseup.net

11 Siehe: <https://enoughisenough14.org/2022/04/11/ukrainian-anarchists-take-part-in-relief-to-population-of-the-massacred-kyiv-suburbs-ukraine/> (Abgerufen am 16.04.2022)

oder sind – Alexander Kolchenko und Jevgeny Karakasheva. Er beteiligte sich an der Gründung einer Studentenschaft, als er Jura studierte. Er träumte davon, ein Netzwerk von Genossenschaften in der gesamten Ukraine zu organisieren. Er war ein heller, fröhlicher und nachdenklicher Mensch. Er war eine Inspiration für viele“.¹²

Aktuell duldet die ukrainische Regierung die anarchistischen Einheiten. Ob dies nach dem erhofften Sieg über Putin allerdings auch noch so sein wird, steht auf einem anderen Blatt. Denn die anarchistischen Ziele gehen über die kapitalistische Gesellschaft hinaus und stehen für Freiheit, Gleichberechtigung und Basisdemokratie.

Waffen für die Ukrainische Bevölkerung

Nach all den zugänglichen Informationen bin ich der Überzeugung, dass sich die Menschen in der Ukraine gegen ihre Vernichtung durch diesen Angriffskrieg nur bewaffnet behaupten können. Diplomatische Bemühungen, wenn sie ernsthaft geführt werden, sind sicher wünschenswert; ein Diktator aber, der die eigene Bevölkerung seit Jahren systematisch unterdrückt und die Opposition verfolgt, foltert und massakriert, lässt sich durch Worte nicht aufhalten. Wirtschaftliche Sanktionen gegen russische Konzerne sind richtig und gut. Sie reichen aber nicht aus, denn bei Putin handelt es sich um einen ideologischen Krieger, dem ein großrussisches Imperium vorschwebt. Für dieses Ziel geht er ohne jegliche Rücksicht über die Leichen von zehntausenden Menschen, darunter seinen „eigenen“ Soldaten. Er betreibt eine Politik der verbrannten Erde, des grausamen Terrors und versucht, die gesamte Infrastruktur und alle Lebensbereiche in der Ukraine zu zerstören. Wenn es nicht zu einem Sturz Putins kommt, wie immer dieser auch zu Stande kommen mag, dann bleibt als einzige Möglichkeit nur, die russische Armee zu bekämpfen. Dafür bedarf es Waffen. Natürlich reibt sich die Rüstungsindustrie dabei die Hände. Denn es gilt der Satz: „Rüstung, Krieg und Leichen. Profite für die Reichen.“ Doch was wäre die konkrete Alternative für die um ihr Leben kämpfenden Menschen? Gewaltfreie Aktionen vor den russischen Angriffstruppen? Es ist leicht, im relativ sicheren Deutschland von einem moralischen Standpunkt aus zu argumentieren, wie dies weite Teile der Linken und radikalen Linken machen, die für eine „Verhandlungslösung“ plädieren und offensiv dafür eintreten, Waffenlieferungen zu verhindern. Doch wir alle sind Zeuginnen und Zeugen eines Völkermordes. Wir wissen um die kämpfende Beteiligung anarchistischer und antifaschistischer Kräfte an der bewaffneten Selbstverteidigung der Menschen in den Städten und Dörfern der Ukraine. Denn

12 Mitteilung der tschechischen Anarchistischen Föderation vom 15.03.2022.

Online unter: <https://syndikalismusforschung.wordpress.com/2022/06/11/ukraine-fur-die-solidaritat-mit-der-um-freiheit-und-uberleben-kampfenden-bevolkerung-und-den-anarchistinnen-und-anarchisten/>

es ist beileibe nicht nur die ukrainische Armee, die kämpft, es sind Menschen aller Altersgruppen, die sich den Invasoren entgegenstellen. Deren Unterstützung sollte das wesentliche sein. Diese Unterstützung hindert uns nicht daran, uns gegen eine Militarisierung der Gesellschaft in Deutschland zu wenden. Pazifistische Überzeugungen einzelner Menschen sind selbstverständlich zu respektieren und niemand darf gegen seinen Willen zum Dienst in der Armee oder mit der Waffe gezwungen werden. Ukrainische, Russische und Weißrussische Deserteure sind zu unterstützen und ihnen ist Asyl zu gewähren. Der Pazifismus als Strategie und Ideologie ist jedoch ein Irrtum und hätte das wehrlose Abschlachten der Menschen zur Folge. Unterstützen wir also die Operation Solidarity. Jeder und jede kann das ihm und ihr mögliche dazu beisteuern.

Weitere Informationen

Aktuelle Informationen auf Englisch über die anarchistischen Kräfte und ihre Aktivitäten in der Ukraine finden sich hier:

Anarchistisches Solidaritätsnetzwerk Operation Solidarity <https://operation-solidarity.org/>

<https://enoughisenough14.org/category/ukraine/>

Ein ins Deutsche übersetztes Interview mit einem Anarchisten in Kiew

(veröffentlicht am 29.03.22) findet sich hier: <https://fda-ifa.org/interview-mit-einem-anarchistischen-aktivisten-in-kiew/>

Kriegstagebuch eines weißrussischen Anarchisten in der Ukraine (In Englisch):

<https://enoughisenough14.org/2022/04/09/war-diary-of-a-belarusian-anarchist-fighting-in-ukraine-part-1/>

Informationen zur militärischen Lage finden sich übrigens auf den Youtube-Kanälen der Bundeswehr in Deutschland und des Österreichischen Bundesheers.

Das ZDF geht in einer Sendung auf die großrussische Ideologie Putins ein: Putins Krieg – Geschichte als Waffe hier auf Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=vn3QyKxSvTo>

<https://www.youtube.com/watch?v=vn3QyKxSvTo>

-- **Mail an den Verteiler:** aktive-bremen@lists.riseup.net Abo verwalten / neue Adressen eintragen: <https://lists.riseup.net/www/info/aktive-bremen> Abmelden:

Mail an sympa@lists.riseup.net, Betreff "unsubscribe aktive-bremen"

<mailto:sympa@lists.riseup.net?subject=unsubscribe%20aktive-bremen> Admin-

Kontakt: Mail an aktive-bremen-request@lists.riseup.net

.) Aus der Historie führten wir die Anarchist*innen in der Ukraine an, die bewiesen haben, dass auch bei einer großen Bevölkerungszahl ein Zusammenleben ohne Hierarchie möglich ist: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/2015.03Ukraine.pdf>

.) Scholz, Draghi und Macron in Kiew :

<https://www.sueddeutsche.de/politik/scholz-kiew-ukraine-1.5603540>

Der Kanzler ist mit dem französischen Präsidenten und dem italienischen Regierungschef im Nachtzug nach Kiew gereist. Biden kündigt neue Milliardenhilfe an.

.) Guantanamo :

https://de.wikipedia.org/wiki/Gefangenenlager_der_Guantanamo_Bay_Naval_Base -

Dokumentierte Menschenrechtsverletzungen der US-Regierung Folter in den USA

Derzeit ist die russische Armee wegen Verletzungen des Menschenrechts zu Recht in der Kritik. Dennoch sollte sich der Nato-Westen bei diesem Thema auch an die eigene Nase fassen.

Allzu schnell vergessen westliche Leitmedien, dass auch ihre eigenen Regierungen Verbrechen zu verantworten haben. Wer von Butschka redet, darf nicht schweigen über Guantannamo. Abu Ghraib und Belmarsh (Londons Hochsicherheitsknast, das „Britische Guantannamo“, wo Julian Assange widerrechtlich inhaftiert und gefoltert wird, wie UN-Folterexperte Prof.Nils Melzer bewiesen hat).

Noch vor einem Jahr sendete Arte Dokumentationen der Folter in den USA: „Eine Geschichte der Folter in den USA (Niemand darf der Folter unterworfen werden)“ und „Slahi und seine Folterer: Das Leben nach Guantanamo“.

Beide Filme sind sehenswert, verschweigen aber, dass USA und Grossbritannien den Wikileaksgründer Julian Assange seit zehn Jahren verfolgen und foltern, den wohl wichtigsten Kritiker der US-Politik. Trotzdem bieten die Arte-Dokus gute Hintergrund-Informationen zum Thema Folter und Regierungskriminalität. Denn Folter ist ein Verbrechen gegen die Menschenrechte, auch und gerade, wenn sie offizielle Regierungspolitik wird. Und nicht nur dann, wenn sie von Russland oder China begangen wird.

Die Folterindustrie der USA

„Niemand darf der Folter unterworfen werden“ (Filmtitel von 2019) wurde von Arte unter dem treffenderen Titel „Eine Geschichte der Folter in den USA“ gesendet. Die von Arte selbst (mit Programm33) produzierte Doku verfolgt die aktuelle US-Folterindustrie, die unter dem Namen „Guantanamo“ (kurz „Gitmo“) bekannt ist, zurück in die Zeit der Sklaverei.

Der Reichtum der frühen USA basierte bekanntlich auf Sklavenhaltung, auch George Washington und andere Gründerväter waren Sklavenhalter. Die Sklaven wurden mit Folter zur Arbeit angetrieben, sollten aber nicht an (Wiederverkaufs-)Wert einbüßen. Durch Folterspuren wären sie auf dem Sklavenmarkt als aufsässig erkennbar geworden, so wurden Foltermethoden entwickelt, die spurlos bleiben: Der historische Beginn der sogenannten „Weissen Folter“. Beide Dokus zeigen Folterer, die sich damit rechtfertigen, sie hätten ihren Opfern keine Wunden

zugefügt.

Die Geschichte der Folter springt dann in den Kalten Krieg, wo die USA im Koreakrieg erlebten, dass gefangene GIs in Nordkorea gestanden, die USA hätten völkerrechtlich strikt verbotene bakteriologische Waffen eingesetzt. Daraus sei eine grosse Angst vor „kommunistischer Gehirnwäsche“ entstanden, die militärisch-geheimdienstliche Forschung zur Folge hatte (dass die USA tatsächlich bakteriologische Waffen eingesetzt haben könnten, hinterfragt Arte nicht).

Milgram und Zimbardo als Komplizen

Als mutmassliche CIA-Folterforschung wird nicht nur das berüchtigte Zimbardo-Gefängnis-Experiment angeführt, sondern auch das hochgelobte Milgram-Experiment. Letzteres wird meist als kritische Humanwissenschaft zitiert, mit dem Ziel, die Grenzen menschlicher Grausamkeit und Obrigkeitshörigkeit zu erforschen. Dass dies keineswegs kritisch motiviert gewesen sein muss, ist eine neue These dazu.

Man könnte auch geplant haben, die so erkannten Grenzen bei Ausbildung und Einsatz tatsächlicher Folterknechte auszunutzen. Das Zimbardo-Experiment führt diese Linie weiter, mit angeblich „simulierter“, aber tatsächlich realer Folter unter psychologischer Dokumentation. Der deutsche Film „Das Experiment“ orientierte sich an Zimbardos Militärforschung.

Zurück zur Arte-Doku: Im Rahmen von CIA-Folterforschung führte der Präsident der American Psychiatric Association, Dr. Cameron, so die Doku, brutalste Experimente an Patienten durch. Alte Interviews mit Opfern werden gezeigt, so eine Ex-Angestellte des US-Verteidigungsministeriums, die nach Dr. Camerons Behandlung mit Elektroschocks und sensorischer Deprivation keine Erinnerung mehr daran hatte, was ihre Aufgaben für das Pentagon waren.

Propaganda: Hollywood foltert mit

In Guantanamo wurden bzw. werden (die Doku bleibt da unklar) diese Foltertechniken ungehemmt gegen Verdächtige eingesetzt. Verantwortlich sind US-Präsident Bush jr. (Sohn des gleichnamigen CIA-Chefs und US-Präsidenten), Cheney, Rumsfeld und er ihm unterstellte General Miller, der erst Guantanamo und dann Abu Ghuraib kommandierte, wo schlimmste Folter massenhaft gegen irakische Zivilisten eingesetzt wurde.

Man erfährt, dass parallel zur Ausweitung der Folter TV-Filme Propaganda für diese Verrohung der Kultur machten, dass die Serie „24“ mit Kiefer Sutherland sogar von den Folterern als „Inspiration“ genutzt wurde... wohl auch als moralische Rechtfertigung: In „24“ werden als Unmenschen dargestellte Terroristen brutal gefoltert, mit dem hehren Ziel, schlimmste Anschläge zu verhindern. Der „Tagesspiegel“ sprach in seiner Filmkritik der Arte-Doku verharmlosend von „vermeintlichen“ Foltermethoden des US-Geheimdienstes CIA:

„Man kann es auch so sehen wie CIA-Agent Michael Scheuer. Der antwortet im Film

„Folter – Made in USA“ auf die Frage, ob „Waterboarding“, also das simulierte Ertränken, Folter sei: „Natürlich nicht. Es war vom Präsidenten genehmigt und von US-Juristen gebilligt.“ Im Frühjahr 2009 hatte US-Präsident Obama den Agenten und Verhörspezialisten Straffreiheit zugesichert, aber zugleich zahlreiche Regierungsdokumente freigegeben. Insofern enthüllt der Dokumentarfilm von Marie-Monique Robin keine Neuigkeiten.“ Tagesspiegel 20.6.2011

Nein, man kann es nicht so sehen wie der Folterknecht der CIA, denn Verbrechen bleiben Verbrechen auch als Staatsverbrechen. Von „simuliertem“ Ertränken zu reden ist ebenfalls verharmlosend. Da wird nichts simuliert, man holt die Ertränkten nur (meistens) wieder ins Leben zurück, um ihre Todesangst und Schmerzen als Misshandlungen zu nutzen. Dass Obama den Folterknechten Straffreiheit gewährte passt in die US-Menschenrechtspolitik: Die USA boykottieren den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und haben ihm sogar Gewalt angedroht, sollte er US-Soldaten anklagen.

Daher werden wir wohl nie erfahren, wie viele Menschen im Dienste von US-Behörden in Gitmo und zahlreichen Geheimzulags („Blacksites“) zu Tode gefoltert werden. Damit -und mit dem andauernden völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg- wird globaler Terror verbreitet und eine Kultur der Unmenschlichkeit gepflegt. Die derzeitige breite Medienkritik an Russlands Verbrechen in der Ukraine erscheint vor diesem Hintergrund als zynische Ablenkung von eigenen, westlichen Verbrechen. In der Arte-Doku kommt Susannah Sirkin von der NGO Physicians for Human Rights zu Wort, die sagt, dass Folter nicht nur den Folteropfern schadet, sondern auch „eine Gesellschaft zu einer Gesellschaft der Grausamkeit macht“. Kiefer Sutherland hat etwa mit seiner Folter-Rechtfertigungs-Serie „24“ seinen Teil dazu beigetragen. Die Philosophie-Professorin Rebecca Gordon wird zitiert: „Wir haben weniger den Krieg gegen die Folter verloren als den Krieg gegen die Demokratie gewonnen.“ Und der Historiker der University of Wisconsin, Prof. Alfred McCoy, erklärt: „Mächte im Niedergang greifen zu Folter. Sie nährt die Illusion von Überlegenheit, Dominanz und Kontrolle.“

Am Ende wirft die Doku sogar die Frage auf, ob die zahlreichen in Foltertechnik geschulten US-Sicherheitsbeamten inzwischen bei Polizei und Einwanderungsbehörden ihr Unwesen treiben und dort Folter etwa an Migranten oder sogar Kindern ausüben. Man sieht die Latino-Kinder in Käfigen mit denen Donald Trump seine Anhänger hofieren wollte. Ein Hinweis auf den ebenfalls gefolterten und seit zehn Jahren mit Auslieferung an die USA bedrohten Julian Assange fehlt leider. Aus Angst der Filmemacher vor Zensur? Oder aus Unkenntnis infolge der fortgesetzten medialen Vertuschung der Verbrechen gegen Julian Assange? The Mauretania: Slahi und seine Folterer Die zweite Folter-Doku die Arte im Juni 2021 brachte, heisst: „Slahi und seine Folterer: Das Leben nach Guantanamo“ und ist eine aktuelle NDR-Produktion (mit Arte, MDR und RBB) von

2021. Sie folgt der Hauptfigur aus dem US-kritischen Film „The Mauretian“, dem Mauretanier Mohamedou Slahi, der 14 Jahre unschuldig von den USA inhaftiert und gefoltert wurde. Es werden seine Folterknechte und deren Hintermänner und -frauen aufgespürt und interviewt. Einige seien erst durch den Erfolg der Verfilmung von Slahis Tagebuch seines Leidens „The Mauretian“ aufgeschreckt worden und zu Interviews bereit gewesen.

Einige Täter und eine Täterin, die den Befehl zu Slahis verschärfter Folter gab, sehen ihre Schuld bis heute nicht ein. Die US-Offizierin hält Slahi bis heute für den Anwerber von drei 9/11-Attentätern in Hamburg (wo Slahi studierte). Sie hält den inzwischen von allen Beschuldigungen freigesprochenen Slahi weiterhin für ein diabolisches Superhirn, das erst das Folter-System von Guantanamo manipulierte und jetzt auch die Filmemacher. Diese Folter-Verantwortliche, also eine Mittäterin, bekommt in der Doku breiten Raum für ihre Ansichten. Ihre Behauptungen und Rechtfertigungen werden immerhin als gerichtlich widerlegt dargestellt, den Zuschauern bleibt jedoch offen, für wen sie sich entscheiden, denn Gerichte können bekanntlich irren.

Slahi liess sich, so die Doku, tatsächlich kurzzeitig von Al Qaida anwerben, doch zu einer Zeit da diese Terrorgruppe noch von den USA finanziert wurde. Sie sollte damals gegen die russische Besatzung von Afghanistan kämpfen, um der UdSSR zu schaden. So habe Slahi dies damals in den 80er-Jahren aus deutschen Mediendarstellungen erfahren und ist sich daher bis heute keiner Schuld bewusst. Genau wie seine Peiniger.

Rache, Schuld und Vergebung

Die Doku treibt die Darstellung von Slahi und seinen Peinigern auf die Spitze, in dem sie ihn in Skype-Telefonaten auf die Folterer treffen lässt. Man bekommt fast Mitleid mit einem brutalen 120-Kg-Bodybuilder, der unter seiner schliesslich eingestanden Schuld langsam zusammenbricht. Slahi berichtet von seinen Rachewünschen, die er zu Gunsten einer umfassenden Vergebung aufgibt. Diese Vergebung und ein künftig glückliches Leben zu führen sieht er als beste Form der Rache an seinen Folterern. Die Doku gibt ihm Recht, seine US-Widersacher scheinen als erbärmliche, teils dummlich-unbelehrbare Ideologen einer bössartigen Folter-Maschinerie.

Slahi lebt inzwischen in Mauretanien, so die Doku, hat aber ein Kind mit einer in Berlin lebenden US-Menschenrechtsanwältin - zu dem deutsche Behörden ihn nicht einreisen lassen. Dass die Doku trotz dieser augenfälligen Parallele zu Julian Assange, ebenfalls Folteropfer der USA, der ebenfalls Kinder mit seiner Menschenrechtsanwältin hat, nicht explizit macht, spricht zwar gegen sie. Trotzdem ist sie fast so empfehlenswert wie die intellektuell weit anspruchsvollere Arte-Doku zum Thema, die bei ARTE leider nicht mehr zugänglich zu sein scheint (was bei einer Eigenproduktion, auf die man selbst die Urheberrechte hält, etwas seltsam ist).

Hannes Sies

Filmquellen:

Slahi und seine Folterer

ARTE: „Mohamedou Slahi war 14 Jahre lang im amerikanischen Gefangenenlager Guantanamo Bay interniert. Von 2002 bis 2004 wurde er immer wieder gefoltert. 2016, nach seiner Entlassung aus Guantanamo, beginnt der NDR-Journalist John Goetz, nach Slahis Folterern zu suchen. Seine Investigation führt zu bemerkenswerten Begegnungen und zu überraschenden Enthüllungen.“

<https://www.arte.tv/de/videos/095726-000-A/slahi-und-seine-folterer/>

“Niemand darf der Folter unterworfen werden!”

"Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 setzte die USA gezielt Folter als Verhörmethode im Kampf gegen den Terror ein. Weniger bekannt ist, dass die CIA bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg damit begann, Foltermethoden wissenschaftlich zu erforschen. Wissenschaftler und Experten sprechen über die lange Geschichte der Folterpraxis in den USA." (Bei Arte derzeit bzw. nicht mehr zugänglich)

<https://www.arte.tv/de/videos/087405-000-A/niemand-darf-der-folter-unterworfen-werden/>

<https://www.untergrund-blättele.ch/politik/nordamerika/usa-folter-guantanamo-slahi-7092.html>

.) Informationen zur Anti-Atom Südtour: Hier beginn in Kahl am Main :

<https://www.atommuellreport.de/daten/datenliste/karlstein.html> - Das erste AKW in der BRD hatte den Namen "Atomkraftwerk Kahl", aber der gesamte Atomkomplex stand in einem Atomindustrialgebiet und die zwei Atomkraftwerke Kahl und HDR Großwelzheim (eingemeindet nach Karlstein 1975) auf der Gemarkung der **Stadt Karlstein am Main**. Die Liste aller Atomanlagen ist lang für so einen kleinen Ort mit dem Atomzeichen im Wappen. Die Menschen in der Stadt Kahl waren nicht immer begeistert mit dem AKW in Verbindung gebracht zu werden.

.) Warum Serbiens Bevölkerung und Regierung Sanktionen gegen Russland

ablehnen: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=84882> - Die Regierung in Belgrad ist die einzige europäische Regierung, die keine Sanktionen gegen Russland verhängt hat. Sie steht unter starkem Druck von Washington, Brüssel und Berlin. Ungeachtet dessen hat Serbiens Präsident Aleksander Vucic am 29. Mai 2022 mit Russlands Präsident Putin einen 3-Jahres-Vertrag über die Lieferung von russischem Gas vereinbart. Die Konditionen sind äußerst günstig für Serbien. Zufrieden konnte die Staatssekretärin im Energieministerium, Jovanka Atanovic, verkünden, dass es bis zum Ende der kommenden Wintersaison keine Erhöhung der Gaspreise geben

werde.

.) Indien kauft russisches Öl und verkauft es teuer nach Europa :

<https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/mega-deals-indien-kauft-russisches-oel-und-verkauft-es-teuer-nach-europa-li.235748> - Die EU hat die meisten Ölimporte aus Russland als Strafe für die Invasion in der Ukraine verboten, doch gerade Indien profitiert davon. Wie ist das möglich? *Siehe Text unter dem Link.*

.) Die BGE sucht für den Atommüll aus Asse II NICHT nach der besten Lösung :

<https://waagwf.wordpress.com/2022/06/10/die-bge-sucht-fuer-den-atommuell-aus-asse-ii-nicht-nach-der-besten-loesung/> - Auf dem Wolfenbütteler Umweltmarkt haben wir eine Gelbe Karte für die Geschäftsführung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) am dortigen Stand der BGE übergeben.

.) Wikileaks-Gründer in Großbritannien: <https://taz.de/Wikileaks-Gruender-in-Grossbritannien/!5861808/>

Auslieferung von Assange bewilligt, „Großbritanniens Regierung genehmigt die Auslieferung des Wikileaks-Gründers Assange an die USA. Seine Unterstützer sehen in ihm dagegen einen investigativen Journalisten, der Kriegsverbrechen ans Licht gebracht hat und an dem nun ein Exempel statuiert werden soll.

.) Überwachung von Geflüchteten: Spionage-Software gegen Migranten :

<https://taz.de/ueberwachung-von-gefluechteten/!5861686/> -

In den vergangenen vier Jahren hat das Landesamt für Einwanderung 64 Mobiltelefone von Geflüchteten ohne Papiere durchsucht, um dadurch Auskunft über ihre Identität zu erhalten. Das geht aus einer Antwort der Senatsinnenverwaltung auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Niklas Schrader und Elif Eralp hervor, die der taz vorliegt. Demnach waren von den Handy-Ausspähungen ausschließlich ausreisepflichtige Menschen betroffen. Gebracht hat die Maßnahme allerdings wenig: In 59 Fällen führte die Auswertung zu keinem eindeutigen Ergebnis, lediglich in 6 Fällen konnte dadurch die Identität bzw. Staatsangehörigkeit festgestellt werden. In keinem Fall kam es dadurch zu einer Neubewertung der Aufenthaltsrechtlichen Situation.

.) Kampfbrigaden statt Battlegroups : <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8950>

- NATO-Verteidigungsminister beschließen Aufstellung von

Kampfbrigaden an der Ostflanke des Bündnisgebiets und die Anpassung der ukrainischen Streitkräfte an NATO-Standards.

Die NATO-Staaten werden die Streitkräfte der Ukraine auf NATO-Standards umrüsten und sie langfristig zur gemeinsamen Kriegführung mit dem Westen befähigen. Dies hat der Generalsekretär des Militärpakt, Jens Stoltenberg, nach dem gestern zu Ende gegangenen Treffen der NATO-Verteidigungsminister bestätigt. Darüber hinaus haben sich die Minister auf ein Modell für die Hochrüstung an der Ostflanke des Bündnisgebiets geeinigt. Demnach werden dort nun Kampfbrigaden installiert; freilich sollen lediglich rund die Hälfte der Soldaten dort stationiert sein, während die anderen an ihren Heimatstandorten verbleiben sollen, allerdings in erhöhter Einsatzbereitschaft. Um in kürzester Zeit an die Front vorrücken zu können, sollen erhebliche Bestände an schweren Waffen bereits in Ost- und Südosteuropa deponiert werden. Beschlossen wurden außerdem neue Schritte zur sofortigen Aufrüstung der Ukraine, die bereits Kriegsgerät für zwölf Artilleriebataillone erhalten hat. Praktisch koordiniert werden die Waffenlieferungen von einer Zelle in den Patch Barracks in Stuttgart-Vaihingen.

.) Die Hungerkrise : <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8940> -

EU blockiert Bemühungen der UN, ukrainisches Getreide über Belarus auf den Weltmarkt zu bringen. Russland und Türkei machen den Weg für ukrainische Getreideexporte frei.

Die EU stellt sich Bemühungen der Vereinten Nationen in den Weg, die kriegs- wie auch sanktionsbedingt drohende weltweite Hungerkrise abzuwenden. Dabei geht es um den Plan, die gewaltigen Getreidevorräte der Ukraine über Belarus in Häfen im Baltikum zu bringen und sie dort zu verschiffen. Der Plan, der von UN-Generalsekretär António Guterres befürwortet wird, gilt als einzige sinnvolle Alternative zum zuletzt blockierten Abtransport des Getreides über das Schwarze Meer. Die EU ist freilich nicht bereit, die Voraussetzungen für das Gelingen des Plans zu schaffen und ihre Sanktionen gegen belarussische Düngemittelexporte aufzuheben. UN-Generalsekretär António Guterres tritt für die Aufhebung dieser Sanktionen ein, um die weltweite Düngemittelversorgung zu sichern. In einem auch symbolisch vielsagenden Schritt hat Brüssel am Freitag seine Sanktionen gegen belarussische Düngemittelhersteller verschärft. Bewegung kommt dagegen in Bestrebungen der UN, den Export ukrainischen Getreides über das Schwarze Meer in Gang zu bringen. Russland und die Türkei stellen erste ukrainische Lieferungen aus Odessa in Aussicht.

.) Sondervermögen für die Bundeswehr: Einer Demokratie absolut unwürdig :

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/sondervermoege-n-fuer-die-bundeswehr-einer-demokratie-absolut-unwuerdig>

100 Milliarden Das Grundgesetz wird geändert, damit sich die Bundesregierung für die Aufrüstung verschulden kann. Damit beweist die Ampel nur eins: Sie ist eine Rückschrittskoalition.

Für sie macht die Bundesregierung Geld locker. Für den sozialen Ausgleich oder Klimagerechtigkeit ist keins übrig.

Erich Kästner, der große Aufklärer, Humanist und Antimilitarist, hat einmal gesagt: „Nie dürft ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken.“

Von diesem Kakao wird hier erzählt, von den Märchen, die man uns aufgetischt hat, um auf einen Schlag 100 Milliarden Euro Sonderschulden für die Aufrüstung locker zu machen und dafür das Grundgesetz zu ändern.

.) Sengal unter Beschuss : <https://www.jungewelt.de/artikel/428567.nato-staat-f%C3%BChrt-krieg-sengal-unter-beschuss.html> -

Tote und Verletzte nach türkischen Angriffen auf jesidisches Siedlungsgebiet im Nordirak. Irakische Armee lässt Ankara gewähren.

Während der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan politisches Kapital aus dem potentiellen NATO-Beitritt von Schweden und Finnland schlagen will, greifen seine Truppen zivile Ziele in der Region Sengal im Nordirak an. Türkische Drohnen flogen am Mittwoch vormittag Angriffe auf das Gebäude des Volksrats von Sinune in der Region Sengal (arabisch Sindschar) und ein daneben gelegenes Schreibwarengeschäft. Die Angaben über getötete und verletzte Personen unterscheiden sich.

.) Systematische Pushbacks in Griechenland von UN bestätigt :

<https://jungle.world/blog/von-tunis-nach-teheran/2022/06/systematische-pushbacks-griechenland-von-un-bestaetigt> -

Laut UN sind alleine 2021 14.000 Flüchtlinge an der Einreise nach Griechenland gewaltsam gehindert worden.

Seit Jahren werden Menschenrechtsorganisationen der griechischen Regierung vor, systematisch Asylsuchende an ihren Grenzen mit Gewalt am Übertritt zu hindern oder sie sogar illegal wieder abzuschieben, bevor sie einen Antrag auf Asyl stellen können.

Längst bekannt ist auch, dass sich die europäische Grenzschutzagentur Frontex [seit Jahren an diesen Rückführungen](#) beteiligt.

Fast täglich lassen sich inzwischen solche Pushback auf den Seiten des [Aegean Boat Report](#) in Echtzeit verfolgen und [auch die türkische Küstenwache](#) dokumentiert sie

minutiös.

Diese Praxis verstößt, wie das Magazin We are Solomon [erst jüngst in einem Artikel über diese Pushbacks feststellt](#), gegen die UN-Flüchtlingskonvention, die EU-Menschenrechtserklärung und auch griechisches Recht:

„Once you are on Greek soil, you have the right to apply for asylum and, until you receive a definitive response to your asylum request, you cannot be deported to another country.

According to the European Convention on Human Rights (Article 19.1), Greece is obliged to examine separately each case of a person who is within its territory and wishes to seek international protection.

However, despite the prohibition of such deportations by international law, the relevant allegations of illegal deportations in recent years are numerous, and have been published by the media and organizations both in Greece and abroad, reaching even the highest European institutions.“

.) Aert van Riel zum hochrangigen EU-Besuch in der Ukraine :

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164589.besuch-in-kiew-die-kosten-der-solidaritaet.html> -

Bundeskanzler Olaf Scholz (2.v.r., SPD) geht mit Mario Draghi (3.v.r.), Ministerpräsident von Italien, Klaus Iohannis, Präsident von Rumänien, und Emmanuel Macron (2.v.l.), Präsident von Frankreich, an zerstörten Gebäuden in Irpin im Großraum Kiew vorbei.

Kurz vor der Empfehlung der EU-Kommission, ob die Ukraine den Status als Beitrittskandidat erhält, haben die drei wichtigsten Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ein Zeichen gesetzt. Bundeskanzler Olaf Scholz, der italienische Regierungschef Mario Draghi und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron haben bei ihrem Besuch in der Ukraine deutlich gemacht, dass das Land zu Europa gehört. Kiew erhält aus dem Westen finanzielle und humanitäre Hilfe sowie Waffen im Krieg mit Russland.

Dagegen, dass die Ukraine schnell [in die EU integriert wird](#), sprechen aber nicht nur Oligarchenherrschaft, Korruption und fehlende Rechtsstaatlichkeit. Hinzu kommt die Gefahr, dass Staaten der EU in den Konflikt hineingezogen werden. In den Verträgen der Europäischen Union gibt es eine Beistandsklausel, die besagt, dass im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats die anderen Mitglieder ihm alle [in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung](#) schulden. Auf dieser Basis könnte Kiew weitere Forderungen an die EU-Mitglieder stellen.

In Berlin und Paris hat man sich deswegen lange zurückhaltend zu einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Ukraine geäußert. Die Machtzentren der EU hatten kein Interesse an einem schnellen Prozess. Das lag nicht nur an den Kosten, die mit dem Beitritt eines armen Landes einhergehen würden, sondern hatte auch sicherheitspolitische Gründe. Nun vollziehen Frankreich und Deutschland eine

Kehrtwende und wollen, dass die Ukraine schnell Beitrittskandidat wird. Das ist kurzfristig gedacht. Bevor über die Bündnisfrage der Ukraine entschieden werden kann, sollte in dem Land ein stabiler Frieden herrschen.

.) „Z“-Symbole und Morddrohung:

<https://taz.de/Z-Symbole-und-Morddrohung/15858342/> -

Der Krieg am Hamburger Stadtrand, Immer häufiger tauchen in Hamburg-Bergedorf „Z“-Symbole auf. Eine Familie, die ukrainische Geflüchtete unterstützt, hat eine Morddrohung erhalten.

Immer wieder taucht im Hamburger Bezirk Bergedorf das „Z“-Symbol auf. An Hauswänden, auf Autos und auch an einer Turnhalle der Gretel-Bergmann-Schule im Stadtteil Neuallermöhe. Gegen eine Familie hat es sogar eine Morddrohung gegeben – warum häufen sich die Vorfälle im Hamburger Osten?

Mit dem „Z“, erklärt das russische Verteidigungsministerium auf Instagram, meine man „Za Pobedu“ – für den Sieg. Ein anderer Deutungsversuch erklärt die Wahl ausgerechnet dieses Buchstabens, den es im kyrillischen Alphabet so gar nicht gibt, mit der Himmelsrichtung „Zapad“ – Westen. Das solle die Marschrichtung der russischen Invasion vorgeben.

Ursprünglich zur Markierung der eigenen Fahrzeuge im Krieg in der Ukraine gedacht, um Beschuss aus den eigenen Reihen zu verhindern, avancierte das Symbol zu einem [Zeichen der Unterstützung des russischen Angriffskrieges](#). Wenige Wochen nach Kriegsbeginn kündigten erste Bundesländer an, das Zeichen [strafrechtlich zu verfolgen](#), wenn es in eindeutiger Verbindung zum Krieg stehe.

Die Androhung juristischer Konsequenzen hält Putin-Unterstützer:innen im Hamburger Bezirk Bergedorf allerdings nicht auf, das Zeichen verbreitet sich hier schneller als in anderen Stadtteilen, so das Bergedorfer [Bündnis gegen Rechts \(BBgR\)](#). Auch die Zahlen der Hamburger Polizei bestätigen diesen Eindruck. Von 50 Strafanzeigen im gesamten Stadtgebiet bezüglich der Z-Symbole entfallen allein 30 auf das Polizeikommissariat 43, das den gesamten Bezirk Bergedorf abdeckt.

.) Uran Kongo / Atomprogramm Belgien - Tihange u. a. AKW nach dem zweiten Weltkrieg :

https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-sowjetischer_Nichtangriffspakt#Wirtschaftsvertr%C3%A4ge – Ich wollte im Netz zusätzlich

nach der belgischen Kronkolonie sehen. In den Uranminen wurde seit 1935 Uran gefördert. Das war mir bekannt.

Mit dem Überfall der Wehrmacht und SS 1940 auf die europäischen Weststaaten mit dem Erdöl und Getreidelieferungen im Rücken aus der Sowjetunion, siehe **geheimes Zusatzprotokoll*** vom Hitler / Stalin Pakt August 1939. Nach der schnellen

Eroberung von Belgien viel den Deutschen tonnenweise Uran in die Hände. Nazi-Deutschland hätte damit auch Zugriff auf die belgische Kolonie Kongo gehabt. Dort gab es Bestrebungen, das Uran an Nazi-Deutschland auszuliefern. (Nazi-Schmierereien an Wänden und der Synagoge)

Andere wollten das auf keinen Fall. So wurden in einer schnellen Nacht und Nebelaktion Uran in die USA verschifft und in New York in einem Lagerhaus am Hafen aufbewahrt und dort 1942 an die USA verkauft. Die USA hatten in Kriegszeiten die volle Kontrolle über dem Kongo (Seewege) gehabt wegen den Rohstoffen. Flughäfen und Straßen wurden in Windeseile gebaut.

***Siehe die Wirtschaftsverträge Hitler/Stalin Auszug:**

Dass es solche Verträge gab hatte die Naziführung der deutschen Bevölkerung verschwiegen.

„Die sowjetischen Rohstofflieferungen waren für die deutsche Kriegsführung unentbehrlich. **1940** bezog Deutschland 74 % seiner importierten Phosphate, 67 % seines Asbests, 64 % seines Chromeisens, 55 % seines Mangans, 40 % seines Nickels und 34 % seines Rohöls aus der Sowjetunion. Der allergrößte Teil der Rohstoff- und Transitlieferungen erfolgte nach der Niederlage Frankreichs. Das Deutsche Reich konnte einige Rohstoffe im eigenen Land nicht in benötigtem Umfang gewinnen, so z. B. Mangan, Nickel und Chrom, die für die Produktion von hochwertigen Stahl-Legierungen für Rüstungszwecke unerlässlich waren.“

.) Projekt SMR - Nuward: Nuklearaufsichtsbehörden arbeiten bei Zulassung

zusammen : <https://www.rnd.de/politik/fukushima-japans-regierung-nicht-fuer-atomunfall-verantwortlich-EVSXRHC7BD5XYKQIZZ6XPUBH7Y.html> - Die

Nuklearaufsichtsbehörden von Frankreich, Tschechien und Finnland werden in einer Fallstudie die Auslegung von Nuward, einem kleinen modularen Reaktor (SMR), einer gemeinsamen Prüfung unterziehen. Diese europäische Zusammenarbeit im Bereich der Regulierung soll die internationale SMR-Zulassung beschleunigen.